

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgelde und 72 Pf. Verteilungsgebühren. Kundenabonnements 6,- M. pro Monat; für Händler mit ermäßigtem Druckaufsatz 5,- M.

Der 'Vorwärts' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel 'Der Abend'. Abbestelltes Heft 'Welt und Zeit', 'Berliner Frauenstimme', 'Technik', 'Bilder in die Zukunft', 'Jugend-Vorwärts' u. a. Einzelhefte

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Köhlfeld 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37136. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Dienstag

5. Mai 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Kompartimente 30 Pf. Restante 2,- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pf. (zuletzt zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. April. Stilleingabe des ersten Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Wenn über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Brotwucher - Regierungsohnmacht

Ein sozialer und politischer Skandal. — Wir fordern entschlossene Maßnahmen.

In ganz Deutschland hat der Brotpreis die gesetzlich festgelegte Grenze überschritten. Innerhalb zwei Wochen wurden in Berlin die Brotpreise zweimal erhöht. Mindestens das zweite Mal erfolgte die Brotpreiserhöhung durch die Bäckerinnung aus eigener Initiative.

Die Brotpreiserhöhung von gestern, der sich die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung nicht anschließen wird, ist als Brotwucher zu bezeichnen. Gegenüber den ersten Brotpreiserhöhungen hat die Reichsregierung Maßnahmen versprochen. Bis jetzt dürften solche Maßnahmen noch nicht durchgeführt worden sein. Gegenüber dem gestrigen Schritt der Berliner Bäcker, der auch auf die Behörden provokatorisch wirkt, hat die Reichsregierung nur ihr Befremden ausgedrückt, geschweigen ist aber noch nichts. Es werden nur Maßnahmen erwogen.

Das ist der Tatbestand eines

offenen sozialen politischen Skandals.

Der politische Skandal ist dadurch gegeben, daß die Reichsregierung durch Gesetz verpflichtet ist, Brotpreiserhöhungen nicht nur nachträglich zu verhindern, sondern ihrem Eintritt vorzubeugen. Ueber den sozialen Skandal ist bei 4 1/2 Millionen Arbeitslosen kein Wort zu verlieren.

Die Berliner Bäcker sind im Unrecht. Ihr Verhalten ist wucherisch. Das muß offen ausgesprochen werden. Und daran ändert auch die von dem Zweckerband der Groß-Berliner Bäckermeister abgegebene Erklärung nichts, wonach die Brotpreisfestsetzung vom November nur eine Vorleistung für den Abbau der Produktionskosten und die neuerliche Brotpreiserhöhung nur eine Folge der Untätigkeit der Regierung sei. Seit November ist der Weizenpreis von 25,50 M. auf 26,25 M. im Mai gestiegen. Der Novemberpreis rechtfertigt bei einer ausreichenden Bäckerspanne einen Brotpreis von 36 Pf. je Kilo. Der Maipreis rechtfertigt bei derselben Spanne einen Brotpreis von 37 1/2 Pf. je Kilo. Auf das 2 1/2 Pfund-Bäckerbrot gerechnet entspricht das Preis von 45 und von 47 1/2 Pf. Mag über die Erhöhung des Bäckerpreises auf 48 Pf. kein Streit sein, es bestand Einverständnis darüber, daß die Reichsregierung diese Erhöhung rückgängig zu machen hat.

Die Verteuerung auf 50 Pf. aber ist absolut ungerechtfertigt.

und muß unter den jetzigen Verhältnissen als wucherisch gebrandmarkt werden. Die Bäcker erhöhen ihre Bäckermerchandise spanne damit von 14,5 bis 15 Pf. willkürlich auf 17,5 Pf. Diese Verteuerung ist für die Bäckermeister um so belastender, als sie darauf spekulieren, daß ein derart ausgeübter Druck auf die Reichsregierung eine Lohnsenkung herbeiführen wird.

In diesem Sinne ist auch ein Vorgehen der Reichsregierung gegenüber den Bäckermeistern notwendig und berechtigt. Wir halten es für unsinnig, Höchstpreise festzusetzen, wenn gesprochen

wird. Wir halten es auch für eine unzweckmäßige Maßnahme, in diesem Falle die Kartellverordnung anzuwenden, denn zuerst hat die Reichsregierung selbst ihre Pflicht zu tun. Es wird freilich auch von einer Aufhebung des Nachtbrotverbots gesprochen. Im Rahmen der Brotpreisfrage dieses Verbot aufzuheben, wäre ein Betrug. Die Brotpreise sind auf dem Weg der Zollsenkung und ähnlichen Wegen auf den gesetzlichen Stand zu bringen, nicht durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Das Sündenkonto der Reichsregierung

wird immer unerträglicher. Der durchschnittliche Weizenpreis hat längst den Satz von 260 Mark überschritten, der Weizenzoll ist noch nicht gesenkt, wie es vorgelesen ist; die in der letzten Erklärung der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen sind noch nicht durchgeführt und dürften sich auch als unzulänglich erweisen. Die Reichsregierung hat nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes einer Brotpreissteigerung vorzubeugen, sie hat dieser Teuerung nicht nur nicht vorgebeugt, sie hat auch noch nichts getan, um die eingetretene Teuerung rückgängig zu machen. Von dem Verkauf der Roggenbestände wird gesprochen, auf den Markt gebracht sind sie noch nicht. Die Senkung des Weizenzolls, die hier ebenfalls helfen könnte, ist auch nicht erfolgt, von einer Senkung des Roggenzolls gar nicht zu sprechen. Wenn das Vorgehen der Berliner Bäcker als rückwärtsloser Egoismus zu bezeichnen ist, so ist das Verhalten der Reichsregierung jährlässig und wird mit jedem Tage unverantwortlicher.

Es ist keine Uebertreibung, wenn man feststellt, daß die Reichsregierung für die erste Brotteuerungswelle verantwortlich war, weil ihre jede Voraussicht mangelte, und daß sie die zweite Brotteuerungswelle hätte verhindern können und verhindern müssen, wenn ihr Wille zur Achtung des Gesetzes ebenso gut und groß gewesen wäre wie die Rücksicht auf die Wünsche der Agrarier.

Die Erfüllung dieser agrarischen Wünsche hat nicht nur die wirtschaftliche Krise verschärft, sondern nochgerade den Kredit der Reichsregierung zerstört, worauf der Reichsfinanzminister Dietrich mit Recht hingewiesen hat. Die Reichsregierung sei dazu entschlossen, so sagte Dietrich, den Brotpreis auf dem alten Stand zu halten. Damit stehe und falle das ganze System. Herr Dietrich kennzeichnete die Lage richtig. Wenn Herr Dietrich sich nicht den Vorwurf zuschieben will, dmaß er zwar schön und temperamentvoll reden kann, zum Handeln aber zu schlapp ist, dann muß man von ihm erwarten, daß er dem Kanzler Brüning begreiflich macht, daß auch Herr Schiele das Gesetz zu achten hat.

Die gegenwärtige Lage ist unhaltbar. Was jetzt notwendig ist, sind entschiedene und entschlossene Maßnahmen, die den Brotpreis auf den gesetzlichen Stand zurückführen. Werden diese Maßnahmen jetzt nicht ergriffen, so kann niemand der Reichsregierung die Verantwortung dafür abnehmen.

Die schwierige Finanzlage

Was soll werden?

Von Dr. Paul Hertz, M. d. R.

Die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden hat sich aufs neue in bedrohlicher Weise verschärft. Die vor kurzem veröffentlichten Ergebnisse der Reichssteuern im Rechnungsjahr 1930 haben mit voller Deutlichkeit gezeigt, daß unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die Steuererträge weit scharfer zurückgehen, als die Regierung bisher angenommen hatte, und daß infolgedessen die Ertragsfähigungen für das Rechnungsjahr 1931 viel zu hoch sind.

Auf der anderen Seite hat die Saisonbelebung am Arbeitsmarkt viel zögernder und schwächer eingesetzt als im vorigen Jahr. Damit sind alle Berechnungen aufs schwerste erschüttert, die sich auf den Bedarf der Arbeitslosenunterstützung im nächsten Jahre beziehen. Man überstreicht nicht, wenn man annimmt, daß aus diesen und anderen Gründen im Reichshaushalt 1931 ein Fehlbetrag von weit über 1/2 Milliarde, bei Ländern und Gemeinden weitere Fehlbeträge von mehreren hundert Millionen entstanden sind. Ein neues gewaltiges Defizit von weit mehr als einer Milliarde ist also aufgetaucht, und damit erhebt sich die bange Frage, ob und wie es möglich sein wird, dieses Defizit zu decken.

Aber so ernst die Finanzlage auch ist, so wenig besteht ein Anlaß, an der Möglichkeit zur Ueberwindung der neuen Schwierigkeiten zu verzweifeln. Die bürgerlichen Parteien verfolgen seit Monaten, so seit Jahren, die Taktik, die Entwidlung unserer finanziellen Verhältnisse so darzustellen, als wenn wir unmittelbar vor der Finanzkatastrophe ständen und als ob kein anderer Ausweg mehr übrig bliebe als der Abbau der sozialen Leistungen. So liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht. Es gibt in der Tat noch genügend finanzielle Möglichkeiten, um auch die neuen Fehlbeträge auszugleichen, ohne den verhängnisvollen Weg des sozialen Abbaus zu beschreiten. Ueber eins muß man sich dabei allerdings von vornherein klar sein: Mit dem Verzicht auf jegliche Steuererhöhung und mit der Forderung, das Defizit ausschließlich durch Ausgabenkürzungen zu decken, mit diesem Leitsatz der bürgerlichen Finanzpolitik muß auf jeden Fall gebrochen werden, wenn eine finanzpolitisch ausreichende und sozial erträgliche Lösung gefunden werden soll.

Die Parole: keine Steuererhöhungen! ist 1928 von der Deutschen Volkspartei ausgegeben worden. Diese Parole hat seitdem immer wieder eine rechtzeitige Sanierung der Reichsfinanzen verhindert und hat schließlich dahin geführt, daß die Befristungen gesenkt und die Waffensteuern erhöht worden sind. Andererseits reißt der Reichsfinanzminister im Lande umher und rühmt die Tat der Regierung, die Reichsausgaben 1931 um 1400 Millionen gegen 1930 gesenkt zu haben. Aber diese Ausgabenreduzierung darf man nicht überschätzen. Steht doch diese große Senkung zum Teil nur auf dem Papier, weil umfangreiche Ausgaben vom Reich auf die Arbeitslosenversicherung und die Gemeinden abgeschoben worden sind. Sie ist andererseits nur möglich geworden, weil bedeutende Ausgaben automatisch wegfielen und andere vertagt werden konnten.

Bei genauem Zusehen schrumpft infolgedessen die tatsächliche Ausgabenersparnis auf weniger als 200 Millionen zusammen. Davon entfällt ein großer Teil auf soziale Ausgaben, während die Wehrausgaben so gut wie gar nicht gesenkt worden sind. Hier bleibt für die Regierung Brüning ein schweres Verfaulnis nachzuholen. Man sollte meinen, daß eine Regierung, die so große wirtschaftliche Probleme meistern will, sich auch zutrauen müßte, die politischen Widerstände zu überwinden, die allein einer Kürzung der Wehrausgaben in der Zeit der Krise im Wege stehen.

Aber auch wenn eine namhafte Senkung der Wehrausgaben endlich zustande kommt, wäre es einfach unmöglich, den neuen gewaltigen Fehlbetrag allein durch Ausgabenersparnisse zu decken — es sei denn, daß man neben einer neuen Kürzung der Beamtengehälter zu einem Generalsangriff auf die Sozialleistungen schreiten will. Dagegen wird sich die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Sie kann darauf verweisen, daß es noch genügend andere sachliche Möglichkeiten gibt, die nicht die einschneidenden sozialen und politischen Gefahren heraufbeschwören, die ein Sozialabbau zur Folge haben müßte. Die Sozialdemokratie steht seit langem auf dem Standpunkt, daß — wenn es keine andere Wahl gibt, als die Einschränkung

Spaniens künftiges Parlament.

600 Abgeordnete.

Madrid, 4. Mai. (Eigenbericht.)

Die Regierung, die sich bereits eifrig mit den Vorbereitungen der Wahlen zur Nationalversammlung beschäftigt, beabsichtigt, die Zahl der Abgeordneten auf 600 festzusetzen, während das alte spanische Parlament 410 Deputierte zählte. Ferner besteht die Absicht, das Land künftig in 50 Wahlkreise einzuteilen, die den Verwaltungsprovinzen entsprechen. Auf je 40 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Das bedeutet eine vollkommene Veränderung des früheren Verhältnisses zwischen Stadt und Land. Früher wählten die Großstädte verhältnismäßig viel zu wenig Abgeordnete, während das flache Land mit seinen vielen Analphabeten ein starkes Uebergewicht hatte. Nach dem neuen Schlüssel dürften auf Madrid und Barcelona künftig 20 Abgeordnete entfallen, während Madrid früher 8 und Barcelona 6 Deputierte stellte.

Rücktritt des Innenministers?

Madrid, 4. Mai.

Heute abend wird bekannt, daß der Innenminister Maura infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerpräsidenten Alcalá Zamora über die katalanische Frage seine Demission gegeben hat. Maura macht dem Ministerpräsidenten Zamora den Vorwurf, daß er gegenüber dem Präsidenten von Katalonien, Oberst Mociá, eine zu verschärfte Haltung einnehme.

Zollunion und Frankreichs Gegenplan.

Briand hofft auf deutsch-österreichischen Verzicht.

Paris, 4. Mai. (Eigenbericht.)

Der französische Außenminister wird — wie wir zuverlässig erfahren — im Völkerbund anlässlich der Beratung der deutsch-österreichischen Zollunion unter Hinweis auf den französischen Plan auf Deutschland dahin einzuwirken versuchen, daß seine Regierung im Interesse des europäischen Friedens auf das Zollabkommen mit Oesterreich verzichtet. Briand hofft dabei auf die Unterstützung des Völkerbundsrats, dem er vorzuschlagen wird, die juristische Seite der deutsch-österreichischen Zollvereinbarung durch den Haager Internationalen Gerichtshof prüfen zu lassen. Wenn dieser Antrag angenommen wird und Deutschland und Oesterreich gleichfalls aufgefordert werden, die weiteren Verhandlungen bis zur Bekanntgabe der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes einzustellen, würde Briand sich zufrieden geben. Er rechnet damit, daß das französische Gegenprojekt bis zur Entscheidung des Haager Gerichtshofes soweit in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, daß Deutschland und Oesterreich, selbst wenn das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes günstig ausfällt, es für zwecklos halten würden, ihren Plan durchzuführen.

China hebt die fremde Gerichtsbarkeit auf. Die chinesische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die schon jetzt das Dekret vom Dezember 1929 über die Aufhebung der fremden Gerichtsbarkeit ab 1. Januar 1932 in Kraft setzt und die Einzelheiten der neuen Gerichtsverfassung regelt. Dazu erklärt der Außenminister, die Regierung bedauere, daß sie sich durch die Unmöglichkeit einzelner Wächter in der Frage der Territorialität gezwungen sehe, diesen Weg einzuschlagen.

der Sozialausgaben oder die Erhöhung der Steuern — das letzte als das kleinere Übel zu wählen ist, selbst wenn es sich dabei um Steuern handelt, die auch die breiten Massen treffen. Die Massen haben für diesen Standpunkt noch immer Verständnis gehabt und sie haben deshalb seit Monaten schwere Opfer für die Erhaltung der Sozialleistungen gebracht. Man denke nur an die Bürgersteuer, die in vielen Gemeinden eingeführt und sogar erhöht werden mußte, um die Weiterzahlung der Wohlfahrtsunterstützung sicherzustellen.

Aber es gibt noch eine andere Wahl. Es gibt noch Möglichkeiten zu Steuererhöhungen, die keine Mehrbelastung der Massen bedeuten und den Besitzenden nicht wehe tun. Wir greifen nur einige heraus: Reorganisation des Branntweinmonopols durch sofortige Einstellung der Vorratserzeugung und Räumung der überfüllten Böden, Reform der Tabaksteuer durch Aufhebung des Verpackungszwanges und Wiederverkürzung der Zahlungsfristen, Erhöhung der Benzinsteuern (wie sie fochten auch von dem englischen Schatzkanzler Snowden vorgeschlagen worden ist), Verzicht auf die Steuervereinfachungen der Notverordnung, Annahme der sozialdemokratischen Anträge über das Notopfer der höheren Einkommen und die Verschärfung der Aufsichtsratssteuer, die vor wenigen Wochen vom Reichsrat zu Fall gebracht worden sind.

Außerdem gibt es noch immer den Weg der Kreditbeschaffung. Man sollte nicht unter allen Umständen starr an jenen grundsätzlichen Bedenken festhalten, die vom Standpunkt gesunder Finanzpolitik gegen die Schuldenaufnahme zur Deckung laufender Ausgaben sprechen. Solche gesunde Finanzpolitik wird ungewöhnlich und unwirtschaftlich, wenn die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen ein derartiges Ausmaß angenommen haben wie jetzt, und wenn man noch dazu in all den guten Jahren vorher eine so gründlich ungesunde Finanzpolitik getrieben hat, wie es die bürgerlichen Regierungen von 1924 bis 1928 getan haben.

Die Beschaffung von Krediten hat heute erhöhte Bedeutung. An sich wäre auch das neue Milliardendefizit bei einem Gesamthaushalt von Reich, Ländern und Gemeinden von mehr als 20 Milliarden eine ungefährliche Erscheinung. Erst wird die Situation erst dadurch, daß die Kassenlage des Reichs und der Gemeinden nicht hinreichend gesichert ist. Reich und Gemeinden haben hohe schwebende Schulden, und angesichts der gegenwärtigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt sieht sowohl ihre Verlängerung als auch ihre Umwandlung in langfristige Anleihen auf Schwierigkeiten. England und vor allem Amerika, wo diese Schwierigkeiten nicht bestehen, haben daher auch ausgiebig von der Aufnahme neuer Schulden Gebrauch gemacht, um die Fehlbeträge auszugleichen. Für Deutschland kommt noch etwas anderes hinzu: Im Oktober vorigen Jahres hat der Reichstag auf Verlangen ausländischer Kreditgeber ein Schuldentilgungsgesetz erlassen, das das Reich von 1931 bis 1933 verpflichtet, jährlich 420 Millionen schwebende Schulden zu tilgen. Versteht es gegen Treu und Glauben, wenn wir unseren Gläubigern jetzt sagen: wir können diese Verpflichtung für dieses Jahr nicht einhalten, weil die Entwicklung unserer Finanzen unter dem Druck der Wirtschaftskrise ungünstiger gelaufen ist, als wir erwarteten hatten?

Wenn man diese drei Wege: Ersparnisse, Steuererhöhungen und Kreditmaßnahmen, ginge, so ließe sich der größte Teil der finanziellen Nöte überwinden, ohne die sozialen Ausgaben anzugreifen. Ergreift man aber diese Maßnahmen nicht, so geschieht es weniger aus sachlichen als aus politischen Gründen. Wenn die Dinge so liegen, wie sie hier gezeigt worden sind, dann ist das eine Klarheit: will man trotzdem den Sozialabbau, dann wählt man diese Mittel nicht als die einzige sachlich mögliche Rettungsmäßnahme, sondern dann benützt man bewußt die jetzigen Finanzschwierigkeiten, die Notlage und Schwäche der Massen, um den Sozialabbau zu erzwingen. Ein solches Vorgehen müßte unübersehbare Folgen haben. Die Politik des letzten halben Jahres hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie für sachliche Notwendigkeiten immer Verständnis gehabt hat. Politische Angriffe aber, die sachlich nicht notwendig sind und nur aus dem Haß und der Abneigung gegen die breiten Massen entspringen, werden bei ihr auf schärfsten Widerstand stoßen.

Die zwei Hakenkreuzmilliarden.

Wie der Reichsfinanzminister die Lage sieht.

Dresden, 4. Mai. (Eigener Bericht.)

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Staatspartei wies Reichsfinanzminister Dr. Dietrich am Sonntag darauf hin, daß die Wahlen vom 14. September mit ihrem nationalsozialistischen Einschlag der Reichsbank über 1000 Millionen Mark gekostet haben. Den deutschen Banken seien durch den Wahlausgang mindestens zwei Milliarden Mark entzogen worden, wodurch für das gesamte Wirtschaftsleben ein großer Schaden entstanden sei. Von den Nationalsozialisten sei jedoch in Wirklichkeit kein Umsturz mehr zu befürchten. Eine Partei, die teils die Legalität beschwöre, teils die Revolution predige, sei nicht imstande, einen einigermassen gut geordneten Staat zu stürzen. Wohl aber bestünde die Gefahr, daß ein großer Teil der nationalsozialistischen Wähler zu den Kommunisten überginge, die konsequent revolutionär seien.

Dietrich besaßte sich dann noch mit der von ihm für notwendig gehaltenen Reform der Arbeitslosenversicherung. Als er seinerzeit in Stuttgart jene Rede gehalten habe, die ein großes Echo erweckt habe, hätte er hinsichtlich finanzieller Unterstützungen insbesondere an die Eisenindustrie gedacht. Dem Generaldirektor der Reichsbahn habe er seinerzeit vorgeschlagen, ihm acht Millionen Mark monatliche Unterstützungen zu gewähren, wenn die Reichsbahn ihre auf 20.000 Tonnen monatlich gesunkenen Eisen- und Stahlbestellungen allmählich wieder auf 120.000 Tonnen erhöhen würde. Dörpmüller sei zunächst nicht abgeneigt gewesen, habe jedoch später abgelehnt. Der Bau des Rügen-Dammes, der etwa 30 Millionen Mark kosten werde, dürfte vielen Menschen Arbeit geben.

In bezug auf das Reparationsproblem äußerte Dietrich, daß sich die Regierung nicht zu unverantwortlichen Entschlüssen drängen lassen werde. Was die Zollunion anbelange, so werde die Reichsregierung auch in Genf dazu stehen.

Anfragen und Antworten.

Otto Braun beantwortet Interpellationen. — Heß führt Deutschnationale ab.

Der Preussische Landtag nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Zu Beginn der Sitzung verlas Abg. Gieseler (Dnalt.) eine mit Lagen ausgenommene Erklärung, in der er die Angaben des Abg. Brandenburg (Soz.) bestritt, daß er als Vorsitzender der Bühne der Forstarbeiter tief herabgedrückt hätte die Arbeiter hätten freiwillig am Tarif nachgelassen.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des Staatsministeriums.

Ministerpräsident Braun:

Ich will zunächst eine Reihe Großer Anfragen beantworten: Die Anhaltinischen Kalkgruben bei Leopoldshall sind von Preußen lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse rationaler Zusammenfassung der Betriebe erworben worden. Ein Strafverfahren gegen anhaltinische Landtagsabgeordnete ist aus diesem Anlaß nicht eingeleitet worden. Eine Verquickung von Staatshöchsterrechten mit den Interessen der staatseigenen Betriebe liegt nicht vor. — Die Notlage der Stadt Stettin ist seit langem Gegenstand besonderer Fürsorge der preussischen Ressorts auch im Rahmen des Osthilfeprogramms. Gegen die in der Anfrage der Deutschen Volkspartei erwähnten polnischen Ausschreitungen und gegen die unwahren Behauptungen der polnischen Presse, daß Angehörige der polnischen Minderheit in Preußen schlechter gestellt würden als andere Staatsbürger, ist in geeigneter und wirksamer Weise vorgegangen worden. — Die Genehmigung zur Ausfuhr von Beamten nur verweigert, wenn durch die Ausfuhr Reich oder Staat Nachteile hätten. Wird aber die Ausfuhr genehmigt, dann können die Gründe dafür im einzelnen nicht angegeben werden, weil dadurch der Zweck der Ausfuhrverweigerung illusorisch würde.

Die Große Anfrage der Bauern- und Landvolkpartei über die Verzögerung des Osthilfegesetzes ist dahin zu beantworten:

die preussische Regierung hat die Osthilfe niemals verzögert; soweit sie verzögert worden ist, trifft die Schuld ausschließlich die Rechtsparteien.

Die Beschuldigungen der deutschnationalen Anfrage gegen den Staatssekretär Weismann sind bereits am 22. Oktober 1925 restlos widerlegt worden. Sie haben im Jahre 1927 den Gegenstand zweier staatsanwaltsschaftlicher Ermittlungsverfahren gebildet, die keinerlei Verdacht einer strafbaren Handlung des Staatssekretärs ergeben haben. Seitdem ist nicht das geringste neue Moment vorgebracht worden; es sind lediglich die alten Beschuldigungen wiederholt worden. Der Bührerreferent Lachmann, von dem diese Angriffe ausgehen, ist von der Handelskammer Berlin seiner Funktion als Sachverständiger enthoben worden, weil sein Treiben gemeinlich ist und ihm jede Objektivität mangelt. Sollte er in seinen Angriffen fortfahren, wird er wegen Verleumdung gerichtlich belangt werden. (Bravo! links und in der Mitte.)

Abg. Berten-Düsseldorf (Soz.):

Die politischen Kämpfe der letzten Zeit standen unter dem Zeichen: Kampf um Preußen! Die Sehnsucht der Rechtskreise nach der gefeierten und vollziehenden Gewalt in Preußen ist so übermächtig geworden, daß sie bei ihnen alle anderen politischen Ziele zurückgedrängt hat. Die Rechtsparteien können nicht verpassen, daß das alte Preußen die Zwangsbürgerei war, von der aus die Konfessionen das Reich beherrschten. Daher legt ihre Volksbegehrens-Parolen: „Erneuerung Preußens gegen Nazis und Zentrum.“ — Wir wollen das alte Preußen! Das Volksbegehren hat von vornherein schon bei der Finanzierung seinen Urhebern Schwierigkeiten bereitet. Die Behauptung des Stahlhelmführers von Stephan, daß Sozialdemokratie und Reichsbanner Unruhen vorbereiteten, war bewußt wahrheitswidrig aufgestellt, um die Geldgeber zahlungswilliger zu machen. Schließlich hat man die nötigen Mittel zusammengetragen, indem man den sammelnden vaterländischen Vereinen 25 Proz. Provision zugesagt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann ist man in das Volksbegehren hineingegangen unter dem Schlagwort der „Berliner Wärsenzeitung“: „Das Reich kann nur auf dem Wege über Preußen erobert werden.“

Zur Durchführung des Volksbegehrens hat man einen schamlosen Terror entwickelt.

(Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben Berge von Material über Arbeiterentlassungen auf dem Lande, teilweise sogar in der Industrie wegen Nichteingehung. Gutachter und Gemeindevorsteher haben mit Zwang und Schnaps durchgekehrt, daß in Drischäften, in denen wir bei der letzten Wahl nicht wenige Stimmen hatten, hundert Prozent der Wähler sich einschreiben mußten. Unterstützungsempfänger sind mit dem Verlust ihrer geringen Gelder, Kriegerwitwen mit der Entziehung der Zusätze bedroht worden, um sie für das Volksbegehren gefügig zu machen. Ein deutschnationales Blatt, das Greifenberger Kreisblatt, hat über die Propaganda des Stahlhelms unter dem Motto berichtet: „Das Volksmando arbeitet!“ Und trotz aller dieser terroristischen Maßnahmen hat man nicht einmal 50 Proz. der das Volksbegehren betreibenden Parteien zur Einzelnennung heranzubringen können. Jetzt tröstet sich Herr Hugenberg mit der Hoffnung, der Landtag werde sich selber auflösen. Und die Rheinisch-Westfälische Zeitung spricht den Kommunisten das Vertrauen aus, daß sie schließlich doch für das Volksbegehren eintreten werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ziel des Kampfes ist die

Wiedererrichtung der konfessionellen Herrschaft in Preußen.

die Arianherrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital, das Dreiklassenwahlrecht, die Befehlsordnung, das Herrenhaus. Die Junker wollen wieder an die Futtertrippe des Staates. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verstehen es durchaus, wenn die Rechtsparteien aus sozialdemokratischen Futtertrippenspolitik vorwerfen; denn

sie haben den Staat nie anders begriffen wie als Futtertrippe.

(Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei ihren Adeltagen und Korpsstudenten kam es nie auf Befähigung und Leistung an; sie hatten den Staat als Erbgut. Wenn jetzt irgendwo ein ehemaliger Arbeiter als Landrat sitzt, dann vollbringt er eine Arbeitsleistung und sorgt für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der arbeitenden Bevölkerung in einem Maße, an das die früheren königlichen Vöndräte nie gedacht hätten. Ertüchtigen Sie sich, ehe Sie ihre Hege etwa gegen den Landrat Hansmann fortsetzen, einmal im Kreise Hörde, wieviel abgebauten Kumpels er wieder eine Existenz aufgebaut, wie er für die Arbeiterkinder gesorgt hat. Wenn Sie bei den sozialdemokratischen Beamten von Futtertrippenspolitik sprechen, ist das Heuscheln und bewusste Lüge. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Trotz aller Anstrengungen wird es Ihnen nicht gelingen, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Sie werden höchstens wie Goethes Faubersbrüder in den Nationalisten Gelfter rufen, die Sie nachher nicht bannen können.

Wir lehnen jede Katastrophenspolitik ab.

wel in Deutschland mit seinen 75 Proz. industrieller Bevölkerung jede politische Katastrophe den Hungertod von Millionen wertvoller Volksgenossen bedeuten würde. Wir erkennen in der Demokratie den geeignetsten Weg, um der Arbeiterklasse auch wirtschaftlich zu ihrem Recht zu verhelfen. Und wenn die Kommunisten ein bißchen Verantwortungsbewußt, wenn nicht gegenüber den deutschen Arbeitern, so doch gegenüber Sowjetrußland hätten, würden sie er-

kennen müssen, daß, solange die deutsche Demokratie lebt, jede militärische Intervention gegen Sowjet-Rußland ausgeschlossen ist. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Wir unterstützen das heutige System und das Ministerium Braun im Interesse des friedlichen Aufstiegs der wertvollen Deutschen zu einer höheren Wirtschafts- und Gesellschaftsform, zu einer höheren Kulturstufe der Menschheit, im Interesse des Proletariats und aller arbeitenden Menschen — im Geiste der sozialistischen Weltanschauung. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Döge (Dnalt.): Herr Braun gilt als der bedeutendste Staatsmann der Sozialdemokratie. Aber er ist schließlich auch nur der Beauftragte seiner Partei. Dabei ist er unendlich empfindlich und verfolgt unerbittlich jeden, der auch nur ein Wort über den unsterblichen Redner sagt. Sein Staatssekretär Weismann ist lange nicht so klagefreudig. Braun ist auch kein Demokrat, er hat viel Talent zum Diktator. Nur nicht in der eigenen Partei. Da können die Segewitz, Crispian und Heilmann im „Freien Wort“ ungeführt das Programm der neuen Revolution imitieren. Gegen Hugenbergs Parole „Preußen wieder preußisch“ hat Herr Braun eingewendet, er sei doch ein alter Ostpreuße. Offenbar hat er Hugenbergs Gehandlung gar nicht verstanden. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Wir werden weiterkämpfen für das alte Preußen der Pflichterfüllung und Freiheitsliebe. (Bravo! rechts.)

Abg. Stendel (Dnalt.): Ich fordere die Hinrichtung Rütens, das Verbot der Veranstaltungen von Wolf Koch und rechtslosen Kampfs gegen unästhetische Literatur und mangelhafte Backwaren. Das Zentrum hätte schon viel früher und viel stärker gegen die Entfaltung des Volkes ankämpfen müssen. Die Volkspartei werde das Kabinett Braun wegen seiner Personalpolitik weiter aufs schärfste bekämpfen.

Abg. Leonhardt (Wirtsch.): Preußens ganze Not entspringt aus der

Uebermacht der Gewerkschaften.

Der Redner verteidigt die Brotpreiserhöhung als unerlässlich für die Existenz des Bäckerberufes.

Abg. Vollmers (Landvolk): Wir sind die internationalste Partei. (Heiterkeit.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie am rücksichtslosesten und sind ohne jede Einschränkung für den nationalen Wehrwillen.

Abg. Schwedt (Dnalt.) protestiert gegen die Bemerkungen des Ministerpräsidenten über Hindenburgs Mitgliedschaft im Stahlhelm. Weismann und Hansmann müßten klagen oder gehen. In jedem 1. Mai enthülle die Sozialdemokratie aufs neue die Fahne des Umsturzes. Zwischen Freidemokratie und Gottlofentum sei kein Unterschied. Sei das Zentrum unabhängig gewesen bei der Ernennung Grimmes, beim Bolendertrag und bei den verschiedenen Mißtrauensvoten gegen Braun und Severing, z. B. wegen des Remarque-Films? Glaube es wirklich, mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie das Christentum verteidigen zu können? Wann endlich werde es sich aus der einseitigen Zwangsbindung an den Marxismus lösen? (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heß (Z.):

Einige Gegenfragen: Waren die Deutschnationalen frei, als sie zu 50 Proz. für den Dawes-Plan stimmten? Was sie das Republikshugelei mit dem § 23 (Verbannung des früheren Kaisers) annahmen? Was sie gegen das katholische Konkordat stimmten? (Große Heiterkeit.) Haben sie abhängig oder völlig unabhängig den Reichstag verlassen? (Zuruf rechts: Völlig unabhängig!) Sie haben also

die größte politische Dummheit völlig freiwillig

gemacht? (Große Heiterkeit im Z. und links; Zuruf rechts: Lassen Sie das unsere Sorge sein!) Natürlich, keiner Schöfer, überlasse ich Sie ganz Ihrer eigenen Dummheit. (Schallende Heiterkeit.) Uns ist es wirklich nicht so sehr peinlich, daß Sie sich in eine Sadogasse verrannt haben und nicht zurückfinden. (Zuruf: Die Deutschnationalen sind arg geschweht! — Heiterkeit.) Das Volksbegehren hat einen himmlischen Ausgang gehabt. Es war angelündigt als „Ausbruch der Nation“ und „letzte Entscheidungsschlacht“. Die haben Sie verloren! Die von Herrn Seidte am 15. März angekündigte unerbittliche Vernichtung des Gegners ist zur Selbstvernichtung geworden. Ihre offizielle Ankündigung: Nach dem Volksbegehren gibt es kein Zentrum mehr, zeigt nur, daß sie unfähig sind, die Stärke der Zentrumspartei zu begreifen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.) Im „Stahlhelm“ hat Baron von Landsberg Ihnen versprochen, Sie würden durch Ueberläufer aus dem Zentrum schon beim Volksbegehren 12½ Millionen Stimmen bekommen. (Heiterkeit.) In Wahrheit ist das Volksbegehren eine rein evangelische Angelegenheit geblieben. (Beifällige Zustimmung im Zentrum.) Gewiß, die Deutschnationalen haben noch immer eine katholische Abteilung. Aber das sind

immer dieselben katholischen Barone, die schon 1907 gegen das Zentrum vom Breitenbacher Hof das Manifest für Bülow in die Welt geschickt haben.

Es hat immer katholische Charakterköpfe gegeben, denen das Zentrum nicht vornehm genug war — keine politische, eine rein gesellschaftliche Angelegenheit. Wir haben uns daran gewöhnt, daß Sie uns das Nationalgefühl absprechen. Schiele, Westorp und Eschlage-Schöningen sind ja bei Ihnen auch schon nicht mehr national, und seit einer Woche ist es auch der Reichspräsident nicht mehr. Herr Hugenberg, der in zwei Jahren seine Partei vor 103 auf 41 Mandate „konsolidiert“ hat (Heiterkeit), schlägt jetzt vor, wir sollten ohne Volksentscheid im November wählen. Sozial Salzenhumor hätte ich dem nächsten Herrn gar nicht zugetraut. (Schallende Heiterkeit.) Rein, Sie sollen Ihre staatsbürgerlichen Rechte unerfüllt genießen. Sie müssen Ihren Weg des Volksentseids bis zum bitteren Ende gehen. (Beifällige Zustimmung.) Im Kampf gegen Schmutz und Schand ist uns jeder Bundesgenosse willkommen. Aber ich darf nicht verschweigen, daß ich dem Urteil eines bekannten evangelischen Geistesmannes zustimme, daß

Hugenberg mit den kuppelneraten des „Lokal-Anzeigers“.

mit der „Nachtausgabe“ und dem „Scherl-Magazin“ ebenso wie der Ufa nacktesten Kulturvolkschemismus darstellt. (Bravo! im Zentrum.)

Die Sitzung schließt mit einer heftigen persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Schwedt (Dnalt.) und Lauscher (Z.). Schwedt wirft dem Abgeordneten Lauscher vor, nach 1915 die Monarchie verherrlicht zu haben. Lauscher erwidert, dieses seit 1915 hundertmal angeführte Itat entstamme einer scharfen Kritik der preussischen Kirchenpolitik und sei nur mit Rücksicht auf die damals herrschende Militärzensur eingekürzt worden. Mit der ewigen Wiederholung desselben Itats erweise sich Herr Schwedt als ein Meister der Späße. (Große Heiterkeit.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

SA-Mann als Landesverräter?

Auffehrender Verhörsfall in Schwidemühl.

Schnelldemühl, 4. Mai. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Führer der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Braach, von einem Beamten der Abteilung LA der hiesigen staatlichen Polizeidirektion wegen Landesverrats zugunsten Potcus verhaftet worden.

Späte Anklage.

Der deutschnationale Korruptionsstand vor dem Richter.

Ganz versteckt, in einer Beilage der Hugenberg-Presse, schämt sich ein Notizlein von fünf Zeilen. Es schaut so aus:

„Die Berliner Staatsanwaltschaft I hat gegen den Kaufmann und Apotheker Uralzoff und gegen den Dresdener Rechtsanwalt Lurt wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung nunmehr Anklage erhoben. Gegenstand der Anklage ist das sogenannte Russengeschäft.“

Ob wohl ein einziger Leser beim Ueberfliegen dieser Unschuldsnotiz ahnt, daß sich hinter ihr verbirgt — die späte, die sehr späte gerichtliche Behandlung eines

tiefergroßen deutschnationalen Korruptionsstandes?!

Hinter diesen wenigen Zeilen taucht der Skandal der Raiffeisen-Bank auf, der schon 1925 als Gerippe im Hause der Deutschnationalen stand, während sie aus den Fenstern mit vollen Backen „Barmat!“ trompeteten!

Wäre von dem Fall Uralzoff-Raiffeisen-Bank nur ein Zehntel dessen in der Öffentlichkeit bekannt geworden, was über Barmat gelästert wurde, — kein Nationaler würde heute mehr wegen, das Wortchen „Korruption“ auch nur auszusprechen. Etwa 20 Millionen Mark haben die deutschnationalen Direktoren der Raiffeisen-Bank innerhalb weniger Monate dem gänzlich unbekanntem Abenteuerer Uralzoff in den Schlund geworfen, — nur auf seine Versicherung hin, daß er russischer Flüchtlings- und ehemaliger weißgardistischer Offizier sei. Dabei ist nicht einmal der Name des Mannes echt, — es wird mit guten Gründen behauptet, daß der „Russe Uralzoff“ in Wirklichkeit ein Bolte namens Maslawski ist!

Aber Uralzoff hin, Maslawski her — wesentlich bleibt, daß die deutschnationalen Raiffeisen-Direktoren, an der Spitze der Reichstagspräsident Dietrich-Brenzlau, bedenkenlos die ihnen anvertrauten Gelder der Raiffeisen-Genossenschaften und der Preußenkasse in die unergründliche Tasche des Abenteuerers entleerten. Erst als fünf Jahre später ein von der Sozialdemokratie eingefetzter Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags diese Dinge aufdeckte, wurde die Schande ihres Treibens endlich der Welt bekannt. Einige Wochen, nachdem dieser Ausschuß seine für die deutschnationale Wirtschaft vernichtenden Feststellungen getroffen hatte,

wurde der ehemalige Reichstagspräsident Dietrich als Leiche aus dem Kedersee gezogen.

Und so werden denn Herr Uralzoff und sein Anwalt im kommenden Prozeß allein auf der Anklagebank Platz zu nehmen haben. . . .

Im kommenden Prozeß! Ob er wohl jemals stattgefunden hätte ohne die aufrüttelnde und aufklärende Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses? Im Herbst 1924 hat der Millionenschatz stattgefunden, seit, nach 6 1/2 Jahren ist glücklich — Anklage erhoben! Im gleichzeitigen Falle Barmat soll nach nationalsozialistischer Behauptung eine „gefesselte“ Justiz die Schuld daran tragen, daß die Prozeßverhandlung gegen Barmat „erst“ im Jahre 1928 durchgeführt werden konnte. Nun,

welche deutschnationalen Einflüsse haben hier den Gang der Rechtspflege so zum Schnecken-tempo verlangsam!

daß allein zur Erhebung einer Anklage mehr als sechs Jahre nötig waren? 20 Millionen sind immerhin kein Pappenstiel, und im Untersuchungsausschuß haben selbst die Deutschnationalen nicht einen Augenblick an dem durch und durch betrügerischen Charakter der Uralzoff-Geschäfte gezweifelt. Vielleicht wird der kommende Prozeß in diese und damit zusammenhängende Fragen etwas hineinleuchten!

Frieds Vorsorge.

Der aufgläubige Landtag von Nazis übertölpelt.

Weimar, 4. Mai. (Eigenbericht.)

Die von Fried verfügte Amtsenthebung der sozialdemokratischen Lehrer, Landtagsabgeordneter Wäber-Altenburg und Lehrer Bickel-Bisenberg ist inzwischen rückgängig gemacht worden. Die betreffenden Lehrer befinden sich bereits wieder im Dienst. In der Montagssitzung des Landtags teilte der Präsident mit, daß die Geschäftsverteilung in dem Ministerium wie folgt vorgenommen werden soll: das Finanz- und Wirtschaftsministerium soll Staatsminister Baum übernehmen, das Innen-, Volksbildungs- und Justizministerium soll Dr. Kästner erhalten. Die Kommunisten und Nationalsozialisten wandten sich gegen diese Geschäftsverteilung und zweifelten an, daß Dr. Kästner fähig sei, die Volksbildung zu verwalten. Der Landtag stimmte der Geschäftsverteilung bei Stimmhaltung der SPD zu. Vor dem Eintritt in die zweite Sitzung des Staatsrat besetzte Finanzminister Baum, daß für die notleidenden Gemeinden, die mit Wahlfahrtslasten stark belastet seien, 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Die allgemeine Aussprache verlief sehr stürmisch. Die Nationalsozialisten tobten. Ihre Abgeordneten Papenbrock, Wächter und Ludwig wurden von der Sitzung ausgeschlossen. Interessant war im Verlauf der Sitzung die Feststellung der parteiweisen Abgeordneten Anittel und Dr. Wilmann, die Nazis hätten bei der Regierungsbildung im Januar 1930 erklärt, daß Dr. Fried auf alle seine Beamtenrechte und Ansprüche in Bayern verzichtet habe. Deshalb hätte seinerzeit die Volkspartei den Sonderabmachungen mit Fried zugestimmt. Die Nazis bestritten das. Sie beschwerten sich ferner darüber, daß der gegenwärtige Volksbildungsminister Dr. Kästner Ermittlungen darüber anstellt, welche Lehrer dem nationalsozialistischen Schülerbund angehören und denselben fördern.

Der beleidigte Kammerpräsident.

Der „Angriff“ verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Redakteur des „Angriff“, Krause, wegen Beleidigung des Kammergerichtspräsidenten Tigges zu verantworten. In einem Artikel des „Angriff“ vom 2. März d. J.: „Was halten Sie vom Kammergerichtspräsidenten? Tigges stellt eine Falle“, wurde der Kammergerichtspräsident Tigges als Vertrauensmann und Paradepferd der Tributzpartei bezeichnet und von ihm behauptet, er habe einen Kammergerichtsangehörigen B. eine Falle gestellt.

Das Gericht stellte fest, daß die Behauptungen des „Angriff“ nicht der Wahrheit entsprächen, daß der Kammergerichtspräsident vollkommen ordnungsgemäß gehandelt habe und daß seine Rede davon sein könne, er hätte einem Beamten „eine Falle“ gestellt. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 500 Mark verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark beantragt.

In Honduras haben die Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen 200 Menschen das Leben gekostet.

Blühende Volkswirtschaft.



Der Ladenbesitzer: „Die Preise sind erhöht, die Löhne gesenkt. Soweit ist volkswirtschaftlich alles in Ordnung. Nun fehlen mir nur noch die Käufer!“

Goebbels' „Bombenattentat“

Die Mache wird enthüllt — Ein Stennes-Mann plaudert aus der Schule

Mitte März überprüfte die Nazi-Presse im Reich die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, daß auf den Berliner Nazi-Führer Dr. Goebbels ein „Bombenattentat“ geplant worden sei. Goebbels sei am 16. März in den Besitz eines Paketes mit Sprengkörpern gelangt. Er habe sofort die Deffnung der Sendung „in seiner Gegenwart“ angeordnet und Vorkehrungen treffen lassen, daß eine etwaige Explosion nicht die anderen Räume in der Hedemannstraße in Berlin gefährde. In Goebbels Gegenwart seien dann in der Sendung acht Sprengkörper, Pulver, Sand und Eisenstücke gefunden worden. Spezialisten des Berliner Polizeipräsidiums sollen auf Grund des Fundes — wie die gesamte Nazi-Presse weiter mitteilte — erklärt haben, daß nur durch einen glücklichen Zufall und die Vorsicht aller Beteiligten ein schweres Unglück vermieden worden sei. Logenlag bemühte insbesondere das Berliner Nazi-Organ die Geseltheit, um Herrn Goebbels auch noch die Storiolen des Märtyrers und Helden zu verschaffen. In zahllosen Versammlungen wurde seine Gefolgschaft gegen die „tuchlosen Attentäter“ aufgehetzt.

Jetzt wird der ganze Vorgang als Schwindel erklärt. In der neuesten Nummer der Halbwochenschrift von Stennes, die heute erschienen ist, wird zu dem „Bombenattentat auf Goebbels“ eine eidesstattliche Erklärung des früheren Botenmeisters der Berliner Gaugeschäftsstelle der Nazis veröffentlicht, durch die Goebbels und seine Umgebung wieder einmal in das richtige Licht gestellt werden. Der betreffende Botenmeister ist der Mann, der das Paket mit der Bombe als erster in Empfang nahm, Goebbels auf seinen verdächtigen Inhalt aufmerksam machte und der, als er sich bei der Berliner SA-Revolte auf die Seite von Stennes stellte, von Goebbels auf die Straße gesetzt wurde. In seiner eidesstattlichen Erklärung heißt es u. a. wörtlich:

„Als ich am 15. März mittags eine braune, in Berlin aufgegeben, für Dr. Goebbels bestimmte Papphülle erhielt, machte ich deren Deckel vorsichtig auf und bemerkte einige Schnüre und eine Strelchholzschachtel.“

Ich ging sofort mit der Sendung zum Doktor, der erschrocken von seinem Stuhle hochsauste und mir mit lauter, freischender Stimme den Befehl gab, die verdächtige Sendung sofort herauszubringen und auf dem Hofe zu öffnen, um den Inhalt festzustellen.“

Ich bin dann entgegen der Anweisung in einen Nebenraum gegangen, da ich die ganze Sache mehr für einen Mist als für einen Attentatversuch hielt und auf dem Hof auch eine Explosion unabsehbare Folgen gehabt hätte.“

Was ich dann in Gegenwart eines Kameraden in der Sendung feststellte, war alles andere als lebensgefährlich. Ich fand sieben oder acht sogenannte Frösche, wie wir sie als Jungen oft auf der Straße abbrannten. Die Frösche waren mit einigen Fäden untereinander verbunden. Es befand sich ferner eine leere Strelchholzschachtel in der Hülle. Das war aber auch alles. Niemals waren Pulver, Eisenteile oder gar Sand in der Sendung enthalten. Wenn im „Angriff“ etwas Derartiges behauptet wurde, ist es einfach erlogen. Ich behaupte, daß es nicht einmal

einen Knall gegeben hätte, wäre das Paket ohne jede Vorsichtsmaßnahme geöffnet worden.“

Wenn Herr Dr. Goebbels damals und heute noch behauptet, er habe der Deffnung persönlich beigewohnt, so läßt Dr. Goebbels, denn diese Behauptung ist eine bewußte Unwahrheit.

Es entzieht sich meiner genauen Kenntnis, wer der eigentliche Verfasser des „Angriff“-Artikels war. Ich weiß nur, daß Goebbels' damaliger Favorit den Befehl erhielt, den Artikel zu schreiben, und daß dieser in telefonischer und mündlicher Unterredung dann von dem Doktor verschiedentlich noch umgeändert wurde. Der betreffende Redakteur ist es auch gewesen, der, ebenfalls auf Befehl seines Chefs, am nächsten Tage die Verhandlungen über das Bombenattentat mit dem Berliner Polizeipräsidium zu führen hatte. Ich kann weiterhin erklären, daß dieser Redakteur und der Telephonist Adolf Wagner den Gauleiter Goebbels darauf aufmerksam gemacht haben, daß es ihnen, die beide SA-Leute waren, einen Schlag ins Gesicht bedeutete, daß man hier wegen einer Bepierrei die ganze Partei aufrührerisch mache, während die beiden so unendlich vieler SA-Kameraden niemals erwähnt würden. Wagner hat Dr. Goebbels auf das Beispiel Mussolinis hingewiesen, der fünf Minuten nach dem auf ihn verübten Revolverattentat mit blutendem Gesicht eine Rede an Zehntausende hielt, ohne des Attentats und seiner Verletzungen Erwähnung zu tun.

Alle diese Vorhaltungen vermochten nicht zu verhindern, daß dieses Skandalöse „Bombenattentat“ ganz groß aufgemacht wurde.

Ich kenne Dr. Goebbels seit Jahren und es war mir klar, daß zumindest Wagner seine mutige Einstellung in kurzer Zeit mit Entlassung zu büßen haben würde. Dieser Fall ist ja nun eingetreten. Das ganze Attentat war ein plumper Mist und Goebbels hat davon Kenntnis gehabt.“

In der gleichen Nummer des Stennes-Organs wird dann noch im einzelnen geschildert, was der enthüllende Botenmeister, ein gewisser Eduard Weiß, bis zu seiner Entlassung für Goebbels geleistet hat. Wir entnehmen diesen Schilderungen einen Vorgang, der sich anfänglich einer Versammlung des Herrn Goebbels in Berlin-Oberschöneweide abgepielt haben soll. Damals hatten die Kommunisten drohend, Goebbels mit Gewalt am Reden zu verhindern. Was geschah? Das Stennes-Organ berichtet darüber: „Umfassende Vorkehrungen zum Schutz des Berliner Gauleiters Goebbels wurden nun für diesen Abend getroffen.“

In seinem Mercedeswagen mußte auf dem Sitz neben dem Chauffeur, der sonst für Goebbels reserviert ist, Eduard Weiß Platz nehmen, in einem geteigten grauen Mantel, wie ihn Goebbels im Winter stets trug.

Der Doktor (gemeint ist Goebbels) aber sah in einer Autotage, auf die niemand achtete. Damals war Eduard Weiß der illegale Aufgang für den legalen Berliner Führer der Hitler-Partei. Heute ist er unter Wahrung aller gesetzlichen Schutzbestimmungen von eben diesem Manne illegal und brokos auf die Straße gesetzt worden.“

Hoover für Landabrüstung.

Eröffnungsrede auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammer.

Washington, 4. Mai. (Eigenbericht.)

Auf dem 6. Kongreß der Internationalen Handelskammer, der am Montag in Washington eröffnet wurde und als seines künftigen Präsidenten den Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz von Mendelssohn wählte, nahm u. a. der amerikanische Staatspräsident Hoover das Wort zu einer Rede, in deren Verlauf er sich u. a. auch über die bevorstehende Landabrüstung äußerte.

Hoover betonte, daß nur durch die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen gegenseitiges Vertrauen erreicht werden könne. „Die Welt — so fuhr er fort — gibt jährlich 5 Milliarden Dollar für Rüstungen aus. Das sind 70 Proz. mehr als vor dem Weltkrieg. Immer noch stehen 5 1/2 Mil-

lionen Mann unter den Waffen. Wie kann angefaßt dieses Zustandes die Weltwirtschaft gehoben, wie kann Vertrauen in Handel und Verkehr und in die Sicherheit von Kapitalanlagen zurückkehren? Die gegenwärtigen Rüstungen in allen Staaten der Welt sind eine Verschwendung ungeheurer Teile des nationalen Vermögens und nichts ist mehr zu wünschen, als daß die bevorstehende Genfer Abrüstungskonferenz endlich zu einem Ziele gelangt. Amerika hat seine Landstreitkräfte im Verhältnis bereits stärker verringert als alle anderen Staaten. Es wird der Abrüstungskonferenz auch weiterhin sein Interesse zeigen und wünscht nichts schärfer, als daß das Problem der Landabrüstung endlich zum Nutzen der Völker mit Entschiedenheit in Angriff genommen wird.“

Einheitstarif muß bleiben!

Es darf zu keiner Verteuerung kommen. — Neuer 20-Pfennig-Tarif?

Bereits vor längerer Zeit haben im Auftrage der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zwei angesehenen Verkehrsachverständige, Professor Giese und der inzwischen verstorbene Geheimrat Kemmann, Gutachten über eine Umgestaltung des zur Zeit in Kraft befindlichen Berliner Verkehrstarifes der Öffentlichkeit übergeben. In nächster Zeit wird sich der Aufsichtsrat der BVG, mit den beiden Gutachtern befaßigen. Während der Vorschlag Professor Gieses konsequent an dem Einheitstarif festhält, sieht der Vorschlag Kemmanns die Einführung eines sehr komplizierten Zonentarifes vor, der für die Berliner Bevölkerung schwerwiegende Verteuerungen bringen würde. Der Vorschlag Kemmanns darf daher sowohl im Interesse der Verkehrs-Gesellschaft wie im Interesse der Berliner Bevölkerung niemals verwirklicht werden. Ein Vorschlag, der Fahrpreise bis zu 45 Pf. vorsieht, ist für Berlin undiskutabel.

In einer Pressebesprechung äußerte sich Professor Giese und der Mitarbeiter des verstorbenen Geheimrats Kemmann, Dr. Gretsch, über die Gutachten. Professor Giese stellte in den Mittelpunkt seiner interessanten Ausführungen die Feststellung, daß die Schaffung des Einheitstarifes ein Ereignis in der kommunalpolitischen Geschichte darstellte. Er ging dann im einzelnen auf seine Vorschläge ein, wonach vor allem der Preis für den Umsteiger von einem Verkehrsmittel zum anderen von 25 auf 30 Pf. erhöht werden soll. Damit soll dem nach der Meinung des Sachverständigen überaus stark angewachsenen Mißbrauch des Umsteigens gesteuert werden. Die Einzelfahrt auf den einzelnen Verkehrsmitteln soll wie bisher 25 Pf. kosten, und als Ausgleich für die durch die Verteuerung des Umsteigers eingetretene Fahrpreiserhöhung sollen Sammelkarten ausgegeben werden, die zu fünf Fahrten berechtigen und 1 Mark kosten sollen.

Damit wäre also praktisch die Einführung eines neuen 20-Pf.-Tarifes erreicht.

Auf der Hoch- und Untergrundbahn soll das Umsteigen auch mit einfachen Fahrkarten, also für 25 Pf. gestattet sein. Professor Giese warnte vor der Einführung eines komplizierten Zonentarifes, der sowohl für die Verwaltung große Schwierigkeiten bringen würde, wie er die Bevölkerung verärgern müßte.

Lebriegen bestehen auch jetzt Sammelkarten, von denen allerdings die meisten Berliner kaum etwas ahnen. Wie Giese mitteilt, beträgt der Inhalt dieser Sammelkarten nur 3 Proz.; sie sind also vollkommen unpopulär, weil sie erstens nur eine sehr geringe Vergünstigung gewähren und weil der Preis von 2,60 M. viel zu hoch ist. Für den Autobus, dessen einfache Fahrt ebenso wie bisher 25 Pf. betragen soll, werden keine Sammelkarten ausgegeben.

Unterstützt zu werden verdient das Bestreben Professor Gieses, die S-Bahn in die große Einheit der Berliner Verkehrsmittel einzugliedern. Vom „Vorwärts“ ist des öfteren darauf hingewiesen

worden, daß der jetzt bestehende Preis von 40 Pf. für den Umsteiger von einem städtischen Verkehrsmittel auf die S-Bahn viel zu hoch ist. Der Sachverständige will den Preis vorläufig auf 35 Pf. herabsetzen, betont jedoch, daß alles getan werden müsse, um auch diesen Umsteiger für 30 Pf. verkaufen zu können.

Erst dann wird sich die von dem Sozialdemokraten Keuter geschaffene Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs voll auswirken können.

Herrn Dr. Gretsch, der das Kemmann-Gutachten, an dem er selbst maßgeblich mitgearbeitet hat, verteidigte, können wir nur noch einmal versichern, daß wir die Kemmannschen Vorschläge für undurchführbar halten. Eine Durchführung dieses Plans, der Staffeltarife bis zu 45 Pf. vorsieht, würde einer Katastrophe im Berliner Verkehr gleichkommen. Zu der Verteuerung, die im Augenblick für das arbeitende Berlin einfach untragbar wäre, käme es noch zu einem Tarifkampf zwischen städtischen Verkehrsmitteln und Reichsbahn, in dem die Berliner Bevölkerung der Leidtragende wäre.

Stadtparlament und Bewag.

Berlins Stadtverordnete vor einer schweren Entscheidung.

Der Bewag-Vertrag, der die Umgestaltung der städtischen Elektrizitätswerke in eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft mit dem Namen „Berliner Licht- und Kraft-W.G.“ vorsieht, wird heute vormittag in einem von der Stadtverordnetenversammlung eingehaltenen Ausschuß eingehend beraten werden. Der Magistrat hat bekanntlich dem Angebot nach sehr schwierigen Verhandlungen, in denen es den städtischen Unterhändlern möglich war, Verbesserungen zu erreichen, und nach eingehenden Beratungen mit Mehrheit dem Vertrage zugestimmt. Die Stadtverordneten stehen vor einem schwerwiegenden, für die Zukunft der Berliner Finanzen entscheidenden Ausschluß. Heute nachmittag werden die einzelnen Fraktionen zu dem Projekt Stellung nehmen. Ob es bereits in der früh morgen angeordneten außerordentlichen Sitzung des Stadtparlaments zu einem Beschluß kommen wird, ist fraglich. Kommt es zu keiner Entscheidung, so wird die Beratung am Freitag fortgesetzt. Kommen die Stadtverordneten zu einer Ablehnung des vom Magistrat angenommenen Vertrages, so muß nach dem neuen Berlin-Gesetz der Stadigemeindevorschuß zusammen mit dem Magistrat die Vorlage noch einmal in gemeinsamer Sitzung beraten. Gelingt es auch hier nicht, eine Einigung zwischen der Auffassung des Magistrats und der Meinung der Stadtverordneten zu erzielen, so liegt die Entscheidung bei dem aufsichtsführenden Oberpräsidenten.

Gefährlicher Dachstuhlbrand.

Zwei Feuerwehrlente verunglückt.

Die Feuerwehr wurde gestern nachmittag nach der Stralauer Allee 17 alarmiert, wo im Dachstuhl des Quergebäudes Feuer ausgebrochen war.

Die Flammen fanden am Bodengerümpel außerordentlich reichliche Nahrung und dehnten sich in kurzer Zeit über die gesamten Bodenverschläge aus. Als die Feuerwehr anrückte, war die Lage für die angrenzenden Dächer bereits so bedrohlich, daß 3. Mann an die Hauptfeuerwehrwache gegeben werden mußte. Ständige Rauchgase erschwerten den nach oben vordringenden Wehmannschaften die Arbeit außerordentlich. Der Feuerwehrmann Lehmann brach mit einer Rauchvergiftung bewußtlos zusammen. Von seinen Kameraden konnte er noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Unmittelbar darauf ereignete sich ein zweiter schwerer Unfall. Durch Sturz zog sich der Feuerwehrmann Tychen erhebliche Kopfverletzungen zu. Die beiden Verunglückten fanden im Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus Aufnahme.

Das Feuer konnte unter Einsatz von drei Schlauchleitungen gelöscht werden. Der Brand- und Wasserhoden ist hoch, die Entstehungsurache noch ungeklärt.

Fabrikbrand in Moabit.

Fast zur gleichen Zeit waren in den Chemischen Werken Henz A. G. am Salzwer 8 in Moabit mehrere Züge der Feuerwehr mit der Bekämpfung eines gefährlichen Brandes längere Zeit beschäftigt. Das Feuer war im Farbentrocknenboden ausgebrochen, von wo es auf einen Kompressorraum übergriff. Trotz der starken Berqualmung gelang es den Wehren, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Gerichtsdienner ermordet.

Mit einer Eisenstange erschlagen / Hochstapler als Mörder.

Malchow, 4. Mai. (Eigenbericht.)

Am Montagnachmittag wurde hier der pensionierte Gerichtsdienner Glaeser ermordet aufgefunden. In der Nähe der Leiche fand man eine schwere Eisenstange, mit der offenbar die Tat ausgeführt worden ist.

Vor mehreren Wochen wurde in Malchow ein Hochstapler Jonas, der sich Graf von Hohenau nannte, verhaftet. Dieser angebliche Graf von Hohenau hatte verschiedene Malchower und auch auswärtige Geschäftsleute hineingelegt. Er behauptete, er hätte eine großartige Erfindung gemacht und könne aus Wasserstoff eine verbilligte Fernheizung herstellen. Der Schwindler erbot sich nach seiner Verhaftung, praktisch unter Beweis zu stellen, daß tatsächlich seine Angaben über die großartige Erfindung stimmten. Im letzten Vierteljahre hat der angebliche Graf von Hohenau unter der Aufsicht des Gerichtsdieners Glaeser seine Arbeiten verrichten müssen. Seit Montagnachmittag ist Jonas alias Graf von Hohenau verschwunden. Man nimmt deshalb mit Bestimmtheit an, daß er mit dem Mord in Zusammenhang steht bzw. der Mörder ist.

Kinderschar von Auto überrannt.

Siebenjähriger Junge zu Tode gekommen.

Gelsenkirchen, 4. Mai.

Montag morgen fuhr ein Lastkraftwagen im Ortsteil Erle beim Ueberholen eines Fuhrwerks auf den Bürgersteig und war in eine Gruppe Schulkinder. Ein siebenjähriger Junge wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Zwei weitere Knaben und ein Mädchen wurden erheblich und zwei erwachsene Personen leichter verletzt. Der Kraftwagenführer wurde festgenommen.

Eine widerlegte Verleumdung.

In diesen Tagen stand vor dem Amtsgericht Köpenick eine Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Hurlig der kommunistischen „Welt am Abend“ zur Verhandlung.

Am 19. Januar hatte in dem genannten Organ ein Artikel gestanden, der die Ueberschrift trug „Leichenmüller als Mietwucherer“. Der Angegriffene ist der Parteigenosse Richard Müller, der 1918 Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats war. In dem Aufsatz werden Müller, der in der Leitung der Phibus-Baugesellschaft tätig ist, Mietwucherer, Nepperer, Frechheit und anderes vorgeworfen. In der Verhandlung blieb der angeklagte Redakteur der „Welt am Abend“ den Beweis auf der ganzen Linie schuldig, und Müller war in der Lage, Mietverträge vorzulegen,

durch die die volle Unhaltbarkeit der Behauptungen der „Welt am Abend“ nachgewiesen wurde. Bei der Kampfethode der kommunistischen Presse braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die unbemerkbaren Angriffe weniger noch gegen den Genossen Müller selbst als gegen ihn als Sozialdemokraten gerichtet waren. Das Gericht verurteilte die „Welt am Abend“ wegen Beleidigung und übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 500 M. und billigte dem Privatkläger Müller die Publikationsbefugnis im „Vorwärts“, in der „Welt am Abend“ und in der „Roten Fahne“ zu.

Neue Jahrestelle der Arbeiterbank. Die Sparkasse der Arbeiterbank hat bei Herrn Siegfried Czarlinski, Berlin NW. 87, Goltzowstr. 13 (Lotterievernehmer) eine neue Jahrestelle für Einzahlungen auf Sparkonten eröffnet.



Ich sagte bereits, daß meine Schwester von uns zweien immer die müdigste war. Nur das eine weiß ich nicht, weshalb demgegenüber immer ich die doppelte Portion Strafe erhielt? Natürlich lief meine Schwester vor den Prügelein einfach davon und wagte sogar, meinem Vater zu widersprechen. Und wenn dadurch meine Eltern in noch größeren Zorn gerieten, verging ihre Wut auch um so schneller. Während ich Unglücklicher meinen Kopf hinhielt oder die entgegengesetzte Polargegend ohne Widerspruch.

Natürlich übt das Leben auch in diesen kleinen Dingen Gerechtigkeit. Wer feige und schwach ist, muß auch für die Mutigen, Starken sühnen.

Ich ließ also die Dezimalbrüche liegen und schlich mit meiner Schwester in die Nachbarschaft.

Freddy wartete wirklich schon mit dem Domino. Und auch seine Mutter streichelte und küßte uns und erwies uns auf jede Art herzlichsten Entgegenkommen.

Wir begannen unser Spiel am einen Ende des Tisches. Auf dem anderen Ende spielten der Herr Direktor, Mister Jack und die Frau Direktor „schnapsen“, ein sehr bedeutendes Kartenspiel, um Saubohnen.

Draußen prasselte der Regen.

Der Hippodrom auf dem Marktplatz starrte hoffnungslos gegen den Himmel. Das Geipenst des Winters war über den Komödianten. Das Geipenst der Ungewißheit, vielleicht des Ruins, der Entbehrungen, vielleicht etwas Schlimmeres, des Vertommens. Und diese Komödianten warfen einander so unbedürftig die Saubohnen zu, als hätten sie Kisten voll Gold im Rücken.

Daß ich und meine Schwester glücklich waren? Daß ich den Tanz vergaß, der daheim auf mich wartete wegen der Dezimalbrüche? Das ist nicht so unverständlich mit meinen zehn Jahren. Und dann hätte ich mehr als zehn oder zwanzig

Hiebe mit dem Hosenträger täglich ertragen, um in Freddy's Gesellschaft sein zu dürfen.

Während des Spieles wurde der Sprachunterricht auch jetzt fortgesetzt. Freddy war von den Hauptworten bereits zu den Verben übergegangen. Er selbst hatte die Lehrmethode erfunden. Er schritt zum Beispiel auf und ab: „Ich gehen, so nicht wahr?“ fragte er und setzte sich dann. „Ich sitzen, so? Gut? Und so, ich tragen. Wie, wie, wie? Nicht?“

Sofort antwortete Freddy. Aber er machte es so, daß wir unser lautes Gelächter nicht unterdrücken mußten, gerade, weil er überhaupt nicht lachte, sondern gespielte Verzweiflung und gespieltes Entsetzen mienete, über die Unmöglichkeit der ungarischen Sprache. Oft verstand er uns absichtlich falsch. Er war ein geborener, kleiner Komödiant.

In Wahrheit merkte er sich alles unglaublich schnell und vergaß es nicht wieder.

Wir schien es jedoch, als sei dies nicht nur Hezerei, noch das Werk unserer hervorragenden Lehrmethode. Sie waren schon viel länger ungarisch gereist und er hatte schon früher Worte gehört und verstanden. Dieser kleine, vermöhlte Günstling der Weltstädte war nur zu bequem, seine Kenntnisse zu ordnen. Deht aber, als er sich dazu entschlossen hatte, in unserer kleinen Gesellschaft zu lernen, schritt er mit Siebenmeißenstiefeln voran.

Da, nachdem wir schon eine Weile gespielt hatten, öffnete sich die Tür. Gäste kamen. Die Signores, Kobelly und der andere, ihre Frauen und die zwei kleinen Signorinas.

Kun, ich sage dir, wir beide, meine Schwester und ich, starrten mit offenen Mündern sehr ungezogen die Ankömmlinge an, als die Frau Direktor die kleinen Signorinas ordnungsgemäß zu uns führte und jene ihre Namen nannten, artig vor uns knigten.

Ich hatte so eine Ahnung, daß wir als Kinder bürgerlicher Eltern weit weniger Erziehung besaßen als diese Hungerleider, Weltenbummler, wie mein Vater sie nannte.

Auch sonst hatten wir gleich Gelegenheit, uns zu schämen. An Stelle des Gefößs aus Kaffeefas, das Freddy bei uns erhalten hatte, richtete die Frau Direktor nach Ankunft der Keinen Signorinas den Kaffeetisch wie bei einer Hochzeit. Dann begann das Dominospiel von neuem unter Mitwirkung der kleinen Signorinas.

Wir merkten gar nicht, daß es draußen bereits ganz dunkel war.

Täglich klopfte es wieder.

Die Tür öffnete sich, und herein trat meine Mutter. Wir erschauerten sehr bei ihrem Anblick und sprangen gleich von unseren Stühlen auf.

Wir erspähten in ihrem Gesicht, daß sie uns ärgerlich und besorgt holen kam. Anderswo hätte sie uns offenbar gleich bei den Ohren genommen, aber hier dämpfte die große Gesellschaft der Künstler ein wenig ihre Hitze.

„Hier seid ihr also? Unterschämte Bengel!“

Mister Jack sprang gleich auf, als er meine Mutter erblickte, er und die Frau Direktor eilten zu ihrer Begrüßung. Auch der Herr Direktor erhob sich als Hausherr und schob meiner Mutter den einzigen und bequemsten Polsterstuhl zu recht. Alle umringten sie erfreut und freundlich.

Mister Jack entschuldigte sich vielmals, daß er meine Schwester und mich zu Freddy gerufen habe, der etwas Sprachunterricht gut gebrauchen könne und tausend Verzeihung, das er der Frau Gnädigen nicht Bescheid gesagt habe. Darauf wäre nun der Abschied und unser Heimgang gefolgt.

Aber meine Mutter sträubte sich vergebens. Mister Jack und der Direktor baten und flehten sie fast gewaltsam an, zu bleiben. Die Frau Direktor bot ihr gleich Kaffee an.

Wir sahen, daß unsere Mutter genau so errötete wie wir selbst und ebenso empfand, wie sehr wir im Ueberfluß und anderen Dingen hinter den verachteten Hungerleidern zurück waren.

Es war etwa eine halbe Stunde vergangen, seit meine Mutter erschien. Da klopfte es wieder.

Wer kam? Niemand anderer als mein Vater.

Mit demselben Gesichtsausdruck wie vorhin meine Mutter, da er, heimgekehrt, nur den lieben Gott im Hause vorgefunden hatte.

Daraufhin, von diesem Gesichtsausdruck bis zum verhöhten Lächeln, die gleiche Scene. Die Komödianten wurden auch mit meinem Vater fertig, was hauptsächlich Mister Jack zu verdanken war, der gleich einen großen Römer vor ihn hinstellte.

Mister Jack setzte darauf mich und meine Schwester mit Siegermiene wieder zum Dominospiel zurück. Mich hob er auf und trug mich bis zum Stuhl, indem er mich beim Kragen ergriff wie eine junge Kage.

Mister Jack, das sah ich gleich, liebte den Alkohol, der Direktor hingegen war sehr mäßig. Mister Jack schien auch jetzt lustiger und rärer zu sein als gewöhnlich. (Fortf. folgt.)

Aufgaben der Großstädte.

Ein Rundfunkvortrag des Oberbürgermeisters Reuter.

Kürzlich sprach der neugewählte Oberbürgermeister von Magdeburg, Genosse Ernst Reuter, vor dem Mikrophon des Berliner Rundfunks über die kommunalpolitischen Aufgaben der deutschen Großstädte. Seinen wertvollen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Die Not und das Elend von fast 5 Millionen Erwerbslosen zu lindern, ist im Augenblick die Hauptaufgabe aller Stadtverwaltungen. Alle anderen Hoffnungen und Wünsche und auch alle städtebaulichen Aufgaben treten hinter diesem Problem zurück. Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die deutschen Städte durch die Wucht der Wirtschaftskrise eine Last aufgebürdet bekommen haben, die über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit geht. Während die Wirtschaft rechnet und kalkuliert und geneigt ist, in dem Menschen lediglich einen Zahlenfaktor zu sehen, muß die öffentliche Hand in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen den Menschen stellen. Auf der Initiative, der Tatkraft und Arbeitsfreudigkeit der Millionen Massen beruht die Leistungsfähigkeit der Zukunft unseres Volkes.

Jeder Chef einer Stadtverwaltung wird bei der Fülle der schwierigen Aufgaben seine Pflicht darin sehen müssen, im gemeinsamen Interesse der zu betreuenden Stadt auch widerstrebende Elemente zu gemeinsamer Arbeit auf breiter Basis zusammenzuführen. Die große Aufgabe, die Erwerbslosenzahl entscheidend herabzubringen, kann nur mit Hilfe des Reiches, ja selbst nur auf internationaler Grundlage gelöst werden. Neben der Arbeitslosigkeit bleibt noch für lange Zeit die Beseitigung einer Wohnungsnot, die in Deutschland ein ungeheures Ausmaß angenommen hat, die Hauptpflicht der deutschen Städte. Sie haben heute die schwierige Aufgabe, die Wohnungsnot, die sich nicht nur zahlenmäßig ausdrückt, sondern sich besonders in dem Wohnungseld deutscher Großstädte darstellt, und ein Erzeugnis der Vorkriegszeit ist, aus der Welt zu räumen. Dieser Lösung stehen ungeheure finanzielle, rechtliche und wirtschaftliche Schwierigkeiten gegenüber.

In den deutschen Städten lebt die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken, einheitlichen Reichsgewalt und der Neugliederung des Reichsraumes. Die neue Zeit, die erst nach der Staatsumwälzung dem Bürger die Möglichkeit gab, verantwortungsbewußt am Wohle seiner Stadt mitzuarbeiten, schafft sich ihre eigenen Denkmäler. An die Stelle prunkhafter Repräsentation ist die sachliche Arbeit getreten. Es ist die große Aufgabe der deutschen Städte, dem Volke Lebensraum und Lebensfreudigkeit, der Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeit und der Gesamtheit den Weg zu einer besseren Zukunft zu sichern.

Brennender Dampfer auf hoher See.

Die Passagiere gerettet.

Stockholm, 4. Mai.

Auf dem estnischen Dampfer „Kait“, der sich auf der Fahrt von Reval nach Antwerpen befand, brach am Sonntag plötzlich Feuer aus. Die aus 16 Männern und einer Frau bestehende Besatzung mußte sich in größter Eile in die Rettungsboote stürzen, da das ganze Schiff nach kurzer Zeit in Flammen stand. In zwei Booten gelangten die Schiffbrüchigen in völlig erschöpftem Zustand am Sonntag abend nach der Südspitze der Insel Gotland. Auf dem Dampfer befanden sich u. a. 100 Kinder, die verbrannten. Der Kapitän begab sich von Gotland aus im Motorboot noch einmal an die Unglücksstelle, mußte aber feststellen, daß der Dampfer nicht zu retten ist.

Sechzehnjähriger Radfahrer zermalmt.

Vor dem Hause Seefstraße 105 im Norden Berlins ereignete sich gestern ein tödlicher Unfall. Der 16jährige Paul Krüger aus der Schönebergstraße 12 geriet mit seinem Fahrrad unter ein Lastauto. Die Räder des schweren Fahrzeuges gingen so unglücklich über den jungen Mann hinweg, daß er lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Die Feuerwehr brachte den Unglücklichen in das Virchow-Krankenhaus, wo er gleich nach seiner Einlieferung starb.

Stahlhelmer als Begeleagerer.

In der Nacht zum Sonntag wurde auf den 19jährigen Reichsbannermann Heinz G. aus der Hohenstaufenstr. 13 von Stahlhelmern ein gemeiner Überfall verübt. G. kam gegen 2 Uhr nach Hause. Als er an dem Verkehrstotal der Stahlhelmer in der Hohenstaufenstr. 15 vorüberging, stürzten drei der Bubens heraus und fielen über den einzelnen her. Die Burschen schlugen den jungen Mann zu Boden und bearbeiteten ihn mit Stiefelabsätzen. Erst als auf Hilferufe des Überfallenen Passanten aufmerksam wurden, stießen die Rowdys von ihrem Opfer ab und flüchteten. Die Verfolgung durch Polizeibeamte verlief leider ergebnislos. G. hat erhebliche Verletzungen erlitten, er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Krawalle vor dem Ledigenheim.

Vor dem Ledigenheim am Brunnenplatz kam es am Montagmittag, als ein Mieter mit Hilfe der Polizei ermittelt werden sollte, zu schweren Ausschreitungen.

Bereits am 1. Mai sollte der Mieter Sch. seine Wohnung räumen. Der Gerichtsvollzieher mußte jedoch unverrichteter Sache abziehen, da er von zahlreichen Anfassern des Ledigenheims bedroht wurde. Gestern erschien der Beamte abermals, um unter dem Schutz mehrerer Schupo Beamte die Ermittlung vorzunehmen. Vor dem Ledigenheim hatte sich wieder eine größere Menge angeammelt. Es entstand großer Tumult, so daß die Beamten zum Gummiknüppel greifen und die Straße frei machen mußten. Der Mieter Sch. hatte sich inzwischen in seinem im 3. Stockwerk gelegenen Zimmer verbarrikadiert und drohte, falls jemand den Versuch machen sollte, gewalttätig einzudringen, aus dem Fenster zu springen. Die Feuerwehr mußte schließlich gerufen werden und über eine mechanische Leiter stieg ein Wachmeister in das Zimmer ein, wo er den widerspenstigen Mieter, der sich einen ungefählichen Schnitt an der Pulsader beigebracht hatte, festnahm.

64 Sonderfahrten nach Berlin im Mai.

Eine bemerkenswerte Anzahl von Studienreisen, Gesellschaftsfahrten und Sonderzügen nach Berlin wird dank der intensiven Berlin-Werbung im Mai erreicht werden. Wie das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin mitteilt, kommen nicht weniger als 64 Reisegruppen im Mai nach der Reichshauptstadt, der größere Teil zum Besuch der Deutschen Bauausstellung.

Deutsche Hochschule für Politik. Der Direktor der Hochschule, Herr Dr. H. Weller, hält vom 1. Mai ab wieder jeden Freitag von 19 bis 20 Uhr seine unpolitische Informationsstunde ab, die von jedermann unentgeltlich besucht werden kann und im Jahr I der Hochschule, Schinkelplatz 6, stattfindet.

Mord oder Totschlag?

Das Verbrechen des Artisten Urban / Heute Lokaltermin

So aufsehenerregend die Tat des Artisten Urban war, so nüchtern gestaltete sich gestern die Verhandlung. Das Gericht steht vor zwei schwierigen Fragen: Vliegt Mord oder Totschlag vor? Hat Urban im Büro des Kinopalastes Geld geraubt oder hat er es in seiner Bestürzung unberührt gelassen? Daß Geld fehlte, unterliegt keinem Zweifel; das ergaben die einstimmigen Aussagen der Zeugen. Unmittelbar nach Aufdeckung der Tat fanden sich im Büro sechs oder mehr Menschen. Sollte jemand anderes Geld an sich genommen haben? Urban hat nach seiner Entlassung aus der Haft seine Ausgaben äußerst eingeschränkt. Er hat Gegenstände veräußert, um zu seiner Braut nach Leipzig fahren zu können. Und bei seiner zweiten Verhaftung ist bei ihm kein Geld gefunden worden.

Stimmen Urbans Beteuerungen, daß er überhaupt nicht die Absicht gehobt habe zu töten, daß die Schüsse gewissermaßen automatisch durch seine Bestürzung ausgelöst worden seien? Tatsachen gibt es nicht. Aus Urbans Geständnis vor der Kriminalpolizei kann auf eine überlegte Tat nicht geschlossen werden; er hat von Anfang an die Tötungsabsicht bestritten. Seine gestrige Aussage unterschied sich von der polizeilichen nur insofern, als er damals zugegeben hat, die Pistole zu sich gesteckt zu haben, um mit ihrer Hilfe etwaige Verfolger sich vom Leibe zu halten. Diese Aussage sei ihm von den Kriminalbeamten bei den nächtlichen zermürbenden Vernehmungen gewissermaßen in den Mund gelegt worden, erklärt er jetzt; in Wirklichkeit habe er den Revolver stets bei sich getragen.

Der Held aus dem Courts-Mahler-Roman.

So wird das Gericht es nicht leicht haben, Urban nachzuweisen, daß er in den Mercedes-Palast bereits mit der Tötungsabsicht gekommen ist, und der Staatsanwalt dürfte mit seiner Mordanklage wenig Glück haben.

Bleibt die Persönlichkeit des Angeklagten als Indiz gegen ihn. Urban ist eine Figur aus einem kitschigen Courts-Mahler-Roman; er spricht gemunden, hochtrabend, überspannt. Seine Braut hat bei der ersten Begegnung auf ihn einen „überwältigenden“ Eindruck gemacht. Er hat sich am Tage der Begegnung durch „Handschlag“ ihr gegenüber verpflichtet, mit ihr für die „Frauenehre“ in Amerika zu kämpfen; mit der Devise: „Durch Kampf zum Sieg!“ Und am Abend vor der Tat sah er wie eine Fata Morgana seine Braut während des Hochzeitsfestes vor sich. Das ist Urban, wie er leidet und lebt. Er ist Alkoholiker, Psychopath, leicht erregbar und in Bestürzung zu allerhand bereit. Seine Vergangenheit läßt einen

Diebstahl wohl möglich erscheinen; nichts weist aber auf ihn als auf einen Raubmörder hin. Man versteht auch jetzt, wieso er auf den Gedanken kommen konnte, sich durch die Beraubung des Silbermann das nötige Kleingeld für die Hochzeitsfeier zu verschaffen. Die Tat sollte gewissermaßen nur die Wiederholung dessen sein, was er einmal, nämlich im Jahre 1923, getan hat. Damals sollte am 20. Mai die Hochzeit mit seiner ersten Frau stattfinden. Am 7. Mai beging er einen Diebstahl, weil ihm das Geld zur Hochzeit fehlte. Diesmal war die Hochzeit für den 7. Februar bestimmt. Am 20. Januar tötete er Schmoeller.

Heute findet der Lokaltermin im Mercedes-Palast statt. Am Nachmittag werden der Kriminalkommissar Müller und der Sachverständige Dr. Dyrenfurth gehört werden. Das Urteil ist am Mittwoch zu erwarten.

Mordplan gegen Briefträger.

Genau wie Schwann sollte ein anderer umgebracht werden.

Der Amtsgericht Neukölln hatte sich gestern mit einem Beleidigungsprozeß zu befassen. Der an und für sich belanglos war, aber durch die Tatsache an Interesse gewann, daß in ihm ein sorgfältig ausgelegelter Mordplan gegen einen Gelddienstbriefträger zur Erörterung kam, und zwar mit Einzelheiten, die dem Ueberfall auf den Gelddienstbriefträger Schwann völlig glichen.

Der Bäcker Paul Juther hatte seine frühere Zimmerwirtin verhaftet, weil sie weiter erzählt hatte, daß er einmal unter Mordverdacht gestanden hätte. Tatsächlich war A. Anfang dieses Jahres unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Mord an einer Konfitturenverkäuferin in Oberschöneweide in Haft genommen, dann aber wieder freigelassen worden, weil sich seine Unschuld herausstellte. Bei der damaligen Untersuchung ergab sich aber, daß Juther zusammen mit einem Freunde, einem gewissen Urndt, früher einmal einen Mordplan gegen einen Gelddienstbriefträger ausgeheckt hatte. In der gestrigen Verhandlung stellte der Vorsitzende diese Tatsache aus den Akten fest, wobei sich ergab, daß der damalige Plan Juthers sich ganz auffällig mit dem Verlauf der Tat deckte, der vor einigen Tagen der Gelddienstbriefträger Schwann in der Hofswitzerstraße zum Opfer fiel. Auf Vorschlag von Amtsgerichtsrat Hein gab Juther das auch zu, bestritt aber entschieden, daß er mit dem Raubmord an Schwann irgend etwas zu tun hätte. Sein damaliger Plan sei nicht zur Ausführung gelangt.

Das Opfer der Moslem.

An dem Tage, an dem aus allen Erdteilen die Pilger gen Mekka strömen, feiern die Moslem das Opferfest. Das Fest fiel diesmal auf den 28. April und viele Moslem begingen ihr Wudu-Wdha in Berlin im Humboldt-Haus in der Fasanenstraße. Es waren Araber und Araber, Albaner und Kopten, Marokkaner und Moslem aus Algerien zugegen. Der Islam ist international, trotz der nationalen Freiheitsbewegungen in den einzelnen Ländern. Am 29. April hatte man einen Diskussionsabend eingerichtet, an dem über Kapitalismus, Sozialismus und Islam gesprochen wurde. Der Hauptredner des Abends, der Araber Tschelbi, wies darauf hin, daß gerade die hier in Deutschland studierenden Moslem gemeinsam mit ihren deutschen Freunden die schweren politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen erleben und machen Augen das Suchen nach der Basis des Wiederaufbaues verfolgen. Auch die islamischen Völker wollen aus dem Elend heraus. Nun meinen viele Marxisten, der Orient müsse erst die kapitalistische Wirtschaftsform annehmen und dann durch Klassenkampf die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigen, um so zur klassenlosen Gesellschaft zu gelangen. Viele Moslem hingegen meinen, wenn, wie bislang, die orientalischen Völker sich heidenhaft gegen den Kapitalismus wehren und die Freuden ihnen diesen Kapitalismus nicht aufzwingen, der Amweg über den Kapitalismus zum klassenlosen Staat nicht nötig sei, da der echte Islam immer nur den klassenlosen Staat gekannt habe. In der Diskussion sprachen Europäer der verschiedensten Weltanschauungen, u. a. auch ein „revolutionärer Nationalsozialist“, der seine Richtung für die Freundschaft aller unterdrückten Völker ausgab und fernerhin versprach, den Sozialismus zu verwirklichen.

Werder und Guben erwarten die Berliner.

Zur Baumbilute nach Werder hat die Reichsbahn einen verstärkten Verkehr vorgesehen. An den Sonnabenden und Sonntagen werden je 100 Bedarfszüge zur Bewältigung des Verkehrs nach Werder bereitstehen; auch an den anderen Wochentagen wird die Zugfolge bei Bedarf verstärkt werden.

Zum Besuch der Baumbilute in Guben werden die Sonntagsruckschiffarten nach Guben auch am Freitag, 8. Mai, Montag, 11. Mai, und Dienstag, 12. Mai, ausgegeben. Die Karten gelten zur Hinfahrt von 0 Uhr (Mitternacht) ab, die Rückfahrt muß am Ausgabedat mit einem Zuge angetreten werden, der Guben vor 24 Uhr verläßt.

Neue Straßennamen im Bezirk Weißensee.

Nach der mit Einwilligung des preussischen Staatsministeriums erfolgten Zustimmung des Polizeipräsidenten, Abteilung II, durch Schreiben vom 10. April 1931 — II. V. 1301 — 31 — werden die nachstehend aufgeführten Straßen wie folgt benannt: 1. die Straße 50 mit „Cottensburger Weg“, 2. die Straße 216 mit „Sulzfelder Straße“, 3. die Straße 233 mit „Beechenstraße“, 4. die Straße 240 mit „Demgoer Straße“, 5. Platz B mit „Bistoriusplatz“. (Die Straße 50 verbindet die Charlottenburger Straße mit der Voigt-Röhre-Straße (Karlshofbauern), und die Straße 216 ist eine Querverbindung zwischen Buhhalke und verlängert Wegnerstraße. Straße 233 ist die Verbindung zwischen Park- und Schönstraße, an der Rückfront der neuen 8. Schule, und die Straße 240 befindet sich innerhalb der neuen Straßenbahneriedlung, zwischen Gr. Seefstraße und Rennbahnstraße. Der Platz B ist der neu vorgesehene Marktplatz, der nunmehr den Namen „Bistoriusplatz“ führt.)

Der marxistische Arbeitskreis an der Deutschen Hochschule für Politik wird im kommenden Semester wieder zwei Veranstaltungen abhalten. Unter der Leitung von Dr. Wittnig findet eine Arbeitsgemeinschaft über „Arbeitsmarkt und Löhne im organisierten Kapitalismus“ Dienstag 20^h bis 22 Uhr, statt. Beginn 12. Mai 1931. — Dr. Faust veranstaltet einen „Politischen Informations- und Ausspracheabend“ Freitags von 20^h bis 22 Uhr, vierzehntägig. Beginn 8. Mai 1931. Teilnahme für die ordentlichen Studierenden der Deutschen Hochschule für Politik, für Mitglieder der sozialistischen Studentenschaft und für die Besucher der freien sozialistischen Hochschule. Um möglichst vorher-

gehende Anmeldung (Deutsche Hochschule für Politik, Wirtschaftsschule, Berlin W. 56, Schinkelplatz 6, Amt A. 6, Merkur 455) wird gebeten.

Ein Doppelmilliardär gestorben.

Georges Baker, der Vorsitzende des Direktoriums der First National Bank, einer der vier reichsten Männer Amerikas, ist im Alter von 91 Jahren an einer Lungenentzündung gestorben. Sein Vermögen übersteigt 800 Millionen Dollar.

Filme im Berliner Himmels-Kino.

Der Kombinations-Vortrag „Zwischen Himmel und Afrika“, in dem der Film „Afrika, wie es der Vogel sieht“ gezeigt wird, wird nach seinem Anfangserfolg nunmehr auch für die nächsten Wochen angelehnt. Voraussichtlich läuft der Film den ganzen Monat hindurch. Es kann nur empfohlen werden, sich diese einzigartige Gelegenheit, die uns das Berliner Himmels-Kino bietet, nicht entgehen zu lassen.

Der Fall Bullerjahn vor der Entscheidung. Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranstaltet gemeinsam mit dem Komitee „Recht für Bullerjahn“ am Mittwoch, dem 6. Mai, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, einen Abend, in dem der kurz vor der Entscheidung stehende Fall Bullerjahn — das Reichsgericht wird in diesen Tagen über den Wiederaufnahmearbeit beschließen — verhandelt wird, in dem die Universitätsprofessoren Eduard Kohrausch und James Goldschmidt (Ordinarien an der Berliner Universität), sowie die Herren Dr. Kurt Rosenfeld (WDR), Dr. Erich Cya, Dr. Ernst Feder und Dr. Leon Feuchtwanger das Wort nehmen werden. Karten an der Abendkasse.

Sonntagsführungen mit Zeichen- und Malkalben. Vom 10. Mai bis 28. Juni veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg Sonntagsführungen, in denen die Teilnehmer Zeichen- und Malkalben nach der Natur machen. (Balken-Rundfahrten.) Leitung: Kunstgalerie A. B. Baum. Schmalteger Treffpunkt 10. Mai, 10 Uhr, an der Radower Schleife (Einhaltestelle der Straßenbahn 96). Auskunft: Abteigau 110, Anschlag 9.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Montag, dem 4. Mai.

1. Rennen. 1. Rosamundsacht (Vollensberger), 2. Delft, 3. Peter Brummloff. Toto: 31:10. Platz: 13, 12, 15:10. Ferner liefen: Ustula, Stelmsky, Harbenderg, Welsch (a 6 3 blgg., 50 Pros. Pl. zur.), Osterberg.
2. Rennen. 1. Delepatlon (F. Finn), 2. Donald, 3. Gatte. Toto: 21:10. Platz: 13, 21, 23:10. Ferner liefen: Krieger, Solo Druken, Johnny, Juhanna, Gassenhub, Bernus, Kapalla.
3. Rennen. 1. Banco Duffo (Janz Jun.), 2. Degenmeister, 3. Brochtmädel, 4. Lohler. Toto: 37:10. Platz: 15, 24, 30:10. Ferner liefen: Wilma Watter, Kämöbi, Gussler, Hartman, Urteinsche.
4. Rennen. 1. Wido (Janz Jun.), 2. Gombi, 3. Gubert. Toto: 29:10. Platz: 13, 14, 26:10. Ferner liefen: Fieber, Cortez, Ganso, Jagtmüller, Gussler.
5. Rennen. 1. Champlanon (Bel.), 2. Erich L., 3. Harbenderg. Toto: 47:10. Platz: 13, 26, 13:10. Ferner liefen: Dorothea (L. o. W.), Jasmin (o. W.), Adulf, Balos, Marjan, Obermännmann, Gubi, Stadthofer.
6. Rennen. 1. Citrus (F. Finn), 2. Victoria, 3. Alabaster, 4. Erlfolium. Toto: 79:10. Platz: 17, 41, 13:24:10. Ferner liefen: Bianco, Diane, Schwarzer Peter, Nimis, Obendorf, Palamedes, Alig Wootth, Reitschlag, Ravenel, Hobeit, Donna (o. W.), Union, Bergheimnicht, Kopf-Kopf.
7. Rennen. 1. Walter Dear (Ch. Wills), 2. Revp, 3. Rentmeister. Toto: 15:10. Platz: 14, 16, 18:10. Ferner liefen: Robiella, Armin, Krumpfing, Wajoman Jun., Republik, Angelinde.
8. Rennen. 1. Kestor (Janz Jun.), 2. Natur, 3. Heureka. Toto: 21:10. Platz: 14, 18, 17:10. Ferner liefen: Ghamo, Gedeck, Donna, Voese, Köppler, Sienna, Rainlene, Ludo Gond, Herziabell.
9. Rennen. 1. Gottfried (F. Finn), 2. Saire, 3. Vollenpfeigel, 4. Britton. Toto: 58:10. Platz: 16, 20, 20, 14:10. Ferner liefen: Selamit, Schenckensoff, Bodri, Wilke, Abiella, Modena, Ringel, Damsen Wotth, Woubler Jr., Fredegundis, Demos Pflast.

KAFFEE HAG

RM 0.81 das kleine Paket
jetzt nur noch RM 1.62 das große Paket
RM 1.71 die Vakuumdose

Japanisches Knabenfest

Die meisten Weltreisenden stimmen in der Ansicht überein, daß Japan ein wahres Kinderparadies sei und in der Tat dürfte es unter den Kulturländern kein einziges geben, dessen Kinder mit solcher Sanftmütigkeit und sich stets gleichbleibenden Güte behandelt werden. Der Grund hierfür mag in der Wesensart des Japaners liegen, dessen angeborene Höflichkeit einerseits und dessen Nervosität, die ein Europäer eben nie und nimmermehr besitzen kann, andererseits in dieser Hinsicht ganz besonders vorteilhaft in Erscheinung treten. Dazu kommt noch der Umstand, daß die japanischen Kinder, die in müßeligen Häusern auf Strohmatten lauernd, groß werden, die auf das Gemüt des Kindes so ungünstig einwirkenden auf der Angst der Erwachsenen beruhenden Sagen wie „Das darfst du nicht anlassen“ oder „Sieh dich vor, daß du nicht läßt“ niemals zu hören bekommen. Ein Teil der Erziehung, nämlich diejenigen Ge- und Verbote, die sich auf Schonung der Gegenstände, Kleider usw. beziehen, kommen von vornherein in Fortfall.

Daß man in einem Lande, wo ein derartiger Kinderkultus herrscht, eigene für das Kind bestimmte Volksfeste veranstaltet, liegt auf der Hand. Seit undenklichen Zeiten feiern die Japaner das Fest der Knaben. Es heißt wortwörtlich übersetzt Tango no Sekku und fällt auf den 5. Mai, also in eine Jahreszeit, wo man das Blühende und werdende besonders liebend zu betrachten pflegt.

Der 5. Mai hat neben der festlichen auch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, da an diesem Tage Tausende und aber Tausende von Spielfischen, und überdies die vorgeschriebenen als Symbol gedachten riesigen Papierfische verkauft werden. Diese kleinen, übrigens recht wohlfeilen Gegenstände sind das Produkt der Heimarbeit von Proletariern, die, wie es auch bei uns in armen Gegenden der Fall ist, Jahrein, jahraus geduldig kleine Spielwaren verfertigen, wobei die ganze Familie mit am Werke ist.

Am Fest der Knaben sind alle Ortschaften mit riesigen Papierfischen geschmückt. Man verwendet meist Karpfen und parfümiert sie mit mehr oder minder teuren Wohlgerüchen. Diese Papierfische werden an hohen Stangen gehängt und die Stangen werden auf den Straßen in den Boden gerammt. Diese Fische sind symbolisch: genau wie der Fisch den Strom durchschwimmt, was leicht, sorglos, ja fast unbemerkt geschieht, ebenso sollen die Knaben einstmals den Strom des Lebens mühelos durchwandern und dabei zu Ruhm und Ehren gelangen.

Die Knaben selbst werden schön geschmückt, wobei man den Kleinen, die noch nicht zur Schule gehen, der Sitte des Landes gemäß das Haar so weit ausrasiert, daß nur im Nacken ein kleines Schöpfchen stehen bleibt, und dann veranstalten sie unter Führung einer mit Fischen aus Papier geschmückten Kapelle oder Sängerschar einen Umzug durch den Ort, wobei ein jeder die zum Geschenk erhaltenen Spielwaren mit sich führt. Die ganze Bevölkerung freut sich an den Knaben und jubelt ihnen zu.

Am Fest der Knaben soll jeder, also auch der ärmste Junge, einen süßen Trank zu sich nehmen. Diejenigen, die den Umzug zum letzten Male mitmachen, weil sie im nächsten Jahre nicht mehr Knaben (Schulkinder), sondern im Berufe stehende junge Männer sein werden, trinken zweimal.

Sobald der Anblick beendet ist, finden als Abschluß Kinderspiele statt, die wohl das Materielle sind, was man sich denken kann. Man stelle sich die vielen blütenbesetzten Gärten des Landes vor, man denke sich sie mit Riesenpapierfischen, die trotz ihrer Billigkeit grazios und phantastisch wirken, geschmückt, man denke sich mühen in ihnen Hunderte kleiner in Kimonos und farbenprächtige Kostüme gekleideter Knaben, von denen jeder eine ganze Menge bunter niedlicher Spielsachen in den Händen hält. Man denke sich ferner die im Hintergrund stehende Tafel, die aus lauter kleinen Ratten, vor denen winzige Tischchen für je eine Person stehen, zusammengelegt ist, man stelle sich vor, daß diese mit japanischen Schälchen und Tellerchen, japanischen Kuchen und Süßigkeiten bedeckt sind, und man wird vielleicht einen schwachen Anbegriff von dieser materialistischen und bizarren Welt erhalten.

Interessant ist es, daß man, sobald die Spiele im Gange sind, den Knaben in der Regel eine oder mehrere Geschichten aus den 24 Vorbildern kindlicher Liebe erzählt. Diese „vierundzwanzig Vorbilder kindlicher Liebe“ sind ein Sagenhafter, den jeder Japaner kennt. Denn im Mittelpunkt der japanischen Kindererziehung steht

ja die Lehre, daß das Kind einzig und allein da sei, um zeitlebens seinen Eltern zu dienen. Die Eltern, und nach deren Tode die Ahnen, sind das Um und Auf des Japaners, und der größte niemals zu überbrückende Gegensatz zwischen der westlichen und der östlichen Weltanschauung liegt wohl darin, daß unsere Lehre dem Manne gebietet, Vater und Mutter zu verlassen, um seinem Weibe und seiner Familie anzugehören. Der Japaner, der sich verheiratet, bringt seine Frau ins Elternhaus und der Vater bleibt weiterhin sein Herr und Gebieter. Hier klafft eine Lücke des Gefühlslebens, die wohl unüberbrückbar ist.

In Japan ist es gebräuchlich, Kindern bis zum Austritt aus der Schule einen sogenannten Kinkennamen zu geben, der erst im 15. oder 16. Lebensjahre feierlich abgelegt und mit dem eigentlichen Namen vertauscht zu werden pflegt. Der jährlichen und liebevollen Einstellung des Japaners zum Kinde entsprechend, werden diese

G. Wiesen: Rätsel der Wetterbildung

Wer angesichts der Wetterverhältnisse dieses Frühlings behaupten möchte, daß es irgendwelche großen Gesetzmäßigkeiten und Regeln für die Wetterbildung gäbe, der würde sicher einem schallenden Gelächter begegnen. Niemand hat das Wetter stärker den Eindruck von Gesetzmäßigkeit und reiflicher Willkür gemacht als in der letzten Zeit, und wer sich in dem Glauben gewiegt hatte, daß es der meteorologischen Wissenschaft gelingen werde, doch noch die Rätsel der Wetterperioden zu klären, der steht heute hoffnungslos da. Und doch belehrt uns diese völlig unverständliche Wetterperiode darüber, daß wir eben erst einen sehr geringen Teil der Wetterbildung bestimmenden Ursachen kennen. Die Meteorologie hat versucht, einen Begriff für die Beurteilung des Wetters einzuführen, der mit der persönlichen Stellungnahme des einzelnen, mit der subjektiven Beurteilung des Wetters, nichts zu tun hat, sondern den Versuch einer objektiven, zunächst einschaltigen Osiderung darstellt. Die Meteorologie unterscheidet beständiges und unbeständiges Wetter. Von unbeständigem Wetter spricht sie, wenn ein schneller Wechsel in der Wetterart von klarem Wetter zur Bewölkung, von Bewölkung zu Regen und wieder zur Aufklärung erfolgt. Der Rhythmus dieses Wechsels braucht nicht etwa stündlich zu sein. Er kann sehr wohl auch in mehreren Tagen erfolgen. Trotzdem bleibt das Wetter veränderlich. Ein beständiges Wetter tritt erst auf, wenn der Wettercharakter sich für längere Zeit — für mindestens eine Woche — erhält. Das ist der erste Versuch der Gliederung. Und nun versucht man diese Gliederung weiter fortzusetzen, immer den Wechsel des Wetters zum Ausgangspunkt der Betrachtung nehmend. Da gibt es zum Beispiel wochenlange Schönwetterperioden, die regelmäßig etwa alle fünf oder sechs oder sieben Tage von einem Regentag unterbrochen werden. Dann kommt der Wetterumschwung, und nun taucht ein anderer Wetterrhythmus auf.

Lange Zeit hat die Meteorologie eine solche Gesetzmäßigkeit erkennen wollen. Man war der Ansicht, daß die Wetterveränderungen rein vom Zufall bestimmt seien. Man betrachtete also gewissermaßen nur das beständige Wetter als gesetzmäßig. Die Störungen, das unperiodische Wetter, waren eine ungesetzmäßige und unregelmäßige Erscheinung. Die moderne Meteorologie hat diese Anschauungen überwunden und geht von anderen Gesichtspunkten aus. Sie sieht auch in diesem Wechsel der Witterung eine Gesetzmäßigkeit, deren Geheimnis sie bisher nur noch nicht erkannt hat. Da man auf der Erde den größten Teil der Witterungsursachen glaubt erschaffen zu haben, so sucht man außerhalb der Erde nach Erklärungen für die Gelecke der Wetterbildung. Das Studium der langen Wetterperioden, das auf Grund jahrzehntelanger meteorologischer Beobachtungen möglich ist, hat die Theorie von der Abhängigkeit unserer Erde vom Sonnensystem auch in bezug auf das Wetter entstehen lassen. Wir haben alle im vergangenen Sommer die Theorie gehört, daß die Sonnenflecken an dem schlechten Wetter und an allen Katastrophen schuld waren. In so naiver Form stimmen solche wissenschaftlichen Regeln natürlich nicht. Es handelt sich vielmehr darum, daß die meteorologischen Beobachtungen ergeben haben,

Kindernamen, die auch von den Lehrern in der Schule angewandt werden, möglichst poetisch und herzlich gewählt. Ein solcher Knabe heißt vielfach „Kind“ oder „Liebling“, man wählt aber auch Namen, die mit Blumen, Blüten, Vögeln oder Dürten zusammenhängen. Viele Kinder heißen „Blume“ und man erinnert sich hierbei unwillkürlich an den französischen Mädchennamen Fleur, der in vielen französischen Romanen eine Rolle spielt.

Das Fest der Knaben bleibt eine für das ganze Leben haftende Erinnerung des Japaners. Er denkt im späteren Leben etwa so daran zurück, wie wir an Geburtstage zurückdenken, nur mit dem Unterschiede, daß ihm hierbei die ganze Dürschhaft huldigt.

Es gibt übrigens auch ein Fest der Mädchen, das am 3. März gefeiert wird und wobei sämtliche Geschäfte und Schaufenster überreich mit Puppen geschmückt sind. Da aber diese Jahreszeit noch nicht so günstig zu sein pflegt, und da man aus diesem Anlaß keine Straßenilluminationen veranstaltet, hat es keine solche Bedeutung wie das Fest der Knaben, die in Japan der ganzen Familieneinstellung zufolge überhaupt eine besonders bevorzugte Stellung einnehmen. A. L. St.

daß zur Zeit erhöhter Sonnenaktivität, die sich äußerlich in den Sonnenflecken kennzeichnet, die Wetterperioden meistens viel kürzer und mannigfaltiger sind als in normalen Zeiten der Sonnenruhe. Die Meteorologie sucht das so zu deuten, daß in Zeiten der Sonnenruhe, der geringeren Sonnenaktivität, der Mechanismus der Wetterbildung der Erde sich gewissermaßen selbst überlassen bleibt, sich selber ordnet, während in Zeiten stärkerer Sonnenaktivität dieser Rhythmus durch äußere Einflüsse gestört wird und nur mühsam seine eigene Gesetzmäßigkeit aufrechterhält. Die Erde gerät in ihrer Atmosphäre gewissermaßen in einen Fieberzustand. Sie hat sich an dem Fieberzustand der Sonne angelehnt.

So beginnt die Meteorologie mehr und mehr zu erkennen, daß die Gelecke der Wetterbildung heute nicht durch die Erforschung der Geheimnisse der Erdatmosphäre allein erklärt werden können. Die Erde ist selbst in Beziehung auf ihr Wetter ein Teil des gewaltigen Kosmos und von seinen Gelecken und Einflüssen abhängig.

Familie Neureich im Frühling

Briefe, die ein anderer las

Der Vater schreibt: Um wenn ich an den Frühling man bloß ganz schwach denken zu, denn wird ma immer ganz nieh zumute. Da hat ma seit Weihnachten 'n'n Geburtstags seine schone Ruhe gehabt mit det wille kochen, um jeh soll det nu wieda losjehn. Frühlingskleed um Mantel für Mutter um de Tochter. Einsegnungsanzug für Emil um was so an de Einsegnung noch drum um dran hängt. Um denn de 7 bis 8 obligatorischen Valobungen von de Tochter. Ich weeh schon ja nich mehr, wo mir der Kopp stehen tut. Um da soll sich noch ena freuen kennen? Ich finde die Jahreszeit abseuflich...

Die Mutter schreibt: Der Lenz ist da, liebes Emilchen. Wenn ich noch dran denke, als mir noch jung waren. Wie hätten wir uns da gefreut. Aber jetzt. Jetzt bedeutet der Frühling nichts als Gropfreinemachen für mich. Ach, du lieber Petrus, wenn ich an die Gardinen denke, die müssen gewaschen, gespannt und gestickt werden. Und dann die Betten, die Strümpfe und was noch so alles drum und dran hängt. Die Küche soll jetzt auch gemacht werden. Das ist nun mein Frühling. Dies wünscht dir mit besten Grüßen Deine Mdee.

Der Sohn schreibt: Ruhn ist der Frühling da, und ich bin kohnfirmirt worden. Der Lehrer lagt, am besten bin ich in Ordo. Mein Bruder hatte eine schlechte Osterzenuhr und ist sjen gestorben...

Die Tochter schreibt: Gottseidank, jetzt wird es endlich wieder wärmer, und man kann ins Grüne fahren, natürlich nur mit den Kavolieren, nicht wahr, liebe Etti? Diese dauernde Anglogerei in den Kaffees ist mir nämlich jetzt über und über, noch dazu, wo man fast jeden Sonntag mit jemand anders hinkommt. Ich habe mir schon ein paar fabelhafte Hüte angesehen und dann die dazu passenden hellen Kleider, Du weißt doch, hell steht mir so gut. Papi muß es mir unbedingt kaufen. Es ist gar nicht einmal so teuer, 130 bis 150 Mark alles in allem. Wie geht...

Die Großmutter schreibt: ... und das, liebe Freundin, ist die Jahreszeit der Liebe und der Poesie, die Jahreszeit der Sehnsucht und der Jugend. Ach, wenn ich so an meinen Seligen denke, gerade an solch einem schönen Tage haben wir uns gefunden. Und dann, wenn er das Lied „Der Mai ist gekommen“ sang, wurde mir immer ganz warm ums Herz. Nun, liebe Freundin, wenn es jetzt Frühling wird, drehe ich mir den Frühling zusammen mit der Grammophonplatte auf, oder ich höre jetzt alle die schönen Frühlingslieder im Radio; denn etwas anderes spielen unsere Sender den ganzen Tag über doch nicht. Wenn Gertrud die nächste Verlobung feiert, werde ich wohl die Platte „Alle Jahre wieder“ spielen müssen; denn eben hat der Hund den Plattenkasten umgeworfen, nur diese eine ist noch ganz geblieben...

Der Hund denkt: Alle phantazieren sie vom Frühling, nur ich darf nicht raus und ich möchte doch so gerne...

Wann wachsen die Bäume?

Eingehende Beobachtungen eines französischen Botanikers, die in der „Revue d'Horticulture“ veröffentlicht werden, geben überraschenden Aufschluß über die Zeiten, in denen sich das Wachstum der Bäume vollzieht. Danach liegt die Hauptzeit des Wachstums in den Stunden zwischen Mitternacht und 6 Uhr morgens. Die verschiedene Intensität des Wachstumsorganges innerhalb von 24 Stunden wird in Prozenten folgendermaßen angegeben: Von 6 bis 9 Uhr morgens 8 1/2 Proz., von 9 Uhr bis Mittag 1 1/2 Proz., von Mittag bis 18 Uhr überhaupt kein Wachstum, von 18 bis 21 Uhr 1 1/2 Proz., von 21 Uhr bis Mitternacht 3 1/2 Proz., von Mitternacht bis 6 Uhr morgens 85 Proz. Mehr als 90 Proz. des Wachstums vollzieht sich also in der Zeit, in der sich die Sonne unter dem Horizont befindet, und überhaupt erfolgt fast alles Größere werden der Bäume, während sie nicht von der Sonne beschienen sind. Auch bei den anderen Pflanzen zeigte sich eine ähnliche Erscheinung, aber sie ist nicht so ausgesprochen wie bei den Bäumen, und die Zeit des Wachstums ist bei den verschiedenen Arten sehr verschieden.

John R. Heronham: Seltsame Hollywood-Industrien

„Auf-mich-Jad“. So nennt sich die wohl merkwürdigste Agentur in dieser merkwürdigsten aller Städte. Es gibt nur wenige Dinge zwischen Himmel und Erde, die dieses Unternehmen nicht beschaffen könnte. An „Auf-mich-Jad“ wenden sich viele der führenden Filmgesellschaften, wenn sie eine Hyäne, einen Gummimann oder ein Skelet benötigen. „Jad“ ist Spezialist auf allen Gebieten. Er kann einen mit jungen Elephanten oder mit Schwerthelldern innerhalb der kürzesten Zeit in Verbindung bringen.

Aber „Auf-mich-Jad“ ist nur eine unter vielen seltsamen Unternehmungen, die es in Hollywood gibt. Genau so wie es ein Zentralvermittlungsbüro für Schauspieler und Schauspielerinnen gibt, genau so gibt es Vermittlungsbüros für Tiere und Requisiten aller Art. Die Requisite magazine der großen Filmstudios beherbergen zwar viele tausende scheinbar unmöglicher Objekte. Aber auch das größte Filmstudio wird von sich aus kaum in der Lage sein, innerhalb einer halben Stunde etwa — ein halbes Duzend Kängurus zu beschaffen. Und dies ist der Grund, warum die Agenturen von der Art „Auf-mich-Jads“ blühen.

Wenn wir die Aufzählung der Requisiten hören, die solch eine Agentur zu vermitteln in der Lage ist, glauben wir zunächst, daß Phantazie am Werke ist. Oder wir sagen: „Unmöglich, daß auch nur die Hälfte all dieser Tiere und Dinge je von den Auktoren verlangt werden könnten.“ Aber bald überzeugen wir uns, daß all diese Agenturen ihre umfangreichen Listen nicht späheshalber, sondern durch wirkliche Nachfrage gezwungen, ausfinden.

Da gibt es Herrn Gay in der Nähe von Hollywood, der wohl über die schönsten Exemplare von zahmen Löwen in der ganzen Welt verfügt. Sie werden von den Filmstudios sehr oft angefordert. Gay hat sie für die Filmarbeit besonders abgerichtet und gegenwärtig weist keine „Farm“ einen Bestand von 175 Löwen auf. Der berühmteste unter seinen Löwen war „Numa“, der, wie Gay freimütig eingestand, seinem Herrn nicht weniger als 3500 Dollar an Vermietungsgeldern einbrachte. „Numa“ wirkte in den in England und Amerika so volkstümlichen Tarzan-Filmen mit.

Jacqueline Hogan mußte in dem Film „Die Frau mit den Leoparden“ in einem Käfig voll Leoparden auftreten. Leoparden werden einem in Hollywood auf telephonische Bestellung innerhalb einer halben Stunde dühendweise ins Haus gestellt.

Dann gibt es den berühmten John. Er ist der Freund einziger der berühmtesten Stars von Hollywood. John ist — ein Bär, der hervorragendste Filmbar der Welt. Er ist bereits mit mehr als

einem Duzend Hollywoodberühmtheiten gemeinsam aufgetreten. Wenn Sie in einem amerikanischen Film einen Bären sehen, können Sie fast sicher sein, daß Sie John vor sich haben.

Als Universal Pictures ihre Afrikanerparodie „Cohens und Kellys in Africa“ drehten, benötigten sie eine sehr große Zahl der Vertreter der Tierwelt des dunklen Erdteils für ihr Atelier. Sie konnten sie sich ohne Schwierigkeiten beschaffen.

Eine Agentur verleiht „Schuß- und Stichwaffen aus jeder beliebigen Periode der Weltgeschichte“. Filme wie „General Crad“ oder „Der Bagabundenkönig“ sollten in allen Details historisch treu sein. Und da kamen die Dienste dieser Agentur dem Regisseur sehr zustatten.

Die Spezialität eines anderen Unternehmens bilden Tafelgeschirre und Eßbesteck aller Zeiten. Wenn ein Regisseur Gabeln aus der Zeit Heinrichs VIII oder Tafelgeschirre, wie es Napoleon benützt hat, benötigt, bitte sehr, er braucht nur anzurufen.

Vielleicht die ehrgeizigste aller Agenturen ist diejenige, die anständig: „Fragen Sie uns nach Einzelheiten über jedes beliebige Thema von der Welt!“. Man kann sich mit den absonderlichsten Fragen zu ihr begeben und sicher sein, fast stets eine Antwort zu erhalten. „Wie beschaffen wir das Abendessen einer neuseeländischen Familie aus dem Jahre 1896?“ Sie werden es wissen. „Wie sieht Dr. Baileys (das Londoner Kriminalgericht) aus?“ Man wird Ihnen ungesäumt eine Photographie zur Verfügung stellen. „Wieviele Knöpfe trägt ein polnischer Sergeantmajor an seinem Uniformrock?“ Unsere Witzbegierde wird gestillt.

Spinnennetze bilden die Spezialität einer anderen Agentur. Sie verfertigt ihre Ware in kleinen Fässern in Form einer besonderen Gummilösung, die vermittels eines elektrischen Apparates ausgespritzt wird und sich in eine Spinnweben täuschend ähnliche Substanz verwandelt. Regisseure von Kriminalfilmen beschäftigen diese Agentur in besonders hohem Maße.

Den Regisseuren von Hollywood steht, wenn man so sagen darf, die ganze Welt zur Verfügung. Da gibt es Vermittlungsbüros, die Kostüme aller Zeitalter und Länder und andere wieder, die zugehörige jedes irdischen Volkstammes beschaffen.

Während draußen, auf den Straßen, der hellste Sonnenschein herrscht, kann der Hollywoodregisseur, wenn es ihm beliebt, in seiner Atelierstadt den echten Londoner Rebel herstellen lassen. Er braucht nur Herrn J. R. Bond anzurufen, der gemischten Rebel — ein Dollar pro Pfund — liefert.

Verantwortlich für Politik: Hans Kluge; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Revolution: Dr. John Schimanski; Politik und Sozialismus: Fritz Barthel; Anzeigen: Th. Biedt; Literatur: H. Biedt; Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 65, Unter den Eichen 2, Schlage.

Das neunte Schuljahr.

Eine Denkschrift zur Vorbereitung.

Das bedrohliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit hat im Herbst 1930 die Frage der Einführung eines neunten Schuljahres, vorwiegend unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, zur Diskussion gestellt. Vertreter des ADGB und des AFD-Bundes sind deshalb erneut gemeinsam mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und sonstigen den freien Gewerkschaften nahestehenden Schulfachverständigen in Beratungen über die grundsätzliche Haltung zur Frage der Verlängerung der Schulpflicht eingetreten und veröffentlichten im folgenden das Ergebnis ihrer Stellungnahme:

Die Verlängerung der Schulpflicht als ständige Einrichtung zum Zwecke der organischen Verbindung von Volks- und Berufsschule wird gefordert. Gegen die Verlängerung der Schulpflicht als befristete Notmaßnahme aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, etwa bis zum Anheben eines wirtschaftlichen Umschwunges, bestehen wirtschaftliche und pädagogische Bedenken.

Für die Einführung und Ausgestaltung eines neunten Schuljahres sprechen die folgenden Gründe: 1. Das Interesse des Jugendlichen selbst. 2. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit. 3. Schulorganisatorische Notwendigkeiten.

1. Das Interesse der Jugendlichen selbst.

Die Verlängerung der Schulpflicht ist eine wirksame Erweiterung des Jugendstudiums, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Die Jugendlichen haben durch das weitere Jahr des Schulbesuches die Möglichkeit, sich körperlich kräftiger und geistig reifer zu entwickeln. Der Jugendliche wird infolgedessen seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Bei einer Verlängerung der Schulpflicht müssen gleichzeitig die Vorschriften über den Jugendschutz (Gewerbeordnung, Kinder-Schutzgesetz u. a.) nachgeprüft und geändert werden, damit ein unerwünschtes Nebeneinander von Schule und Erwerbsarbeit verhütet wird.

Die modernen rationellen Arbeitsmethoden bedeuten für Körper und Geist des Jugendlichen eine starke Belastung, die durch die Erschütterungen der Reifezeit gesteigert wird. Die häusliche Umwelt erhöht bei einem großen Teil der Jugendlichen diese Spannungen.

Das Geldverdienens, der Zwang sich beruflich in das Leben Erwachsener einzuordnen und eine Fülle öffentlich-rechtlicher Verhältnisse stellen die Jugendlichen plötzlich vor Aufgaben, für die sie besonders vorbereitet werden müssen.

2. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die technische, wirtschaftliche und staatliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte stellt höhere Ansprüche an Wissen und Können, Anpassungs-, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen. Die Arbeitsformen und Arbeitsmethoden des modernen Betriebes sind einfarbiger und mannigfaltiger zugleich geworden. Sie verlangen gesteigerte technische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie berufliche Wendigkeit. Jeder einzelne wird passiv und aktiv in das öffentlich-rechtliche Leben und in das durch Organisationen beeinflusste Arbeitsleben eingegliedert. Die Verwaltung der Kommunen, der Länder und des Reiches greift immer tiefer in das Leben des jugendlichen Menschen ein, die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat verlangt weitgehende praktische und theoretische Vorbildung, Schulung und Aktivierung.

Die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr als ständige Maßnahme bedeutet eine Entlastung des Arbeitsmarktes.

Sie muß jedoch allgemein durchgeführt werden; für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und Gärtnereibetriebe dürfen keine Ausnahmen gemacht werden.

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet zugleich eine Verlängerung der Unterhaltspflicht für die Eltern. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ist es daher notwendig, Kinderbewilligungen während dieses Jahres eine angemessene Wirtschaftshilfe aus öffentlichen Mitteln zu sichern.

3. Schulorganisatorische Notwendigkeiten.

Die mangelhafte Verbindung zwischen Volks- und Berufsschule muß im Interesse eines einheitlichen Bildungsaufstiegs behoben werden. Volks- und Berufsschule gehören organisch zusammen. Das neunte Schuljahr muß demzufolge das Übergangs- und Verbindungsjahr sein. Es wird seinen Zweck jedoch nur erfüllen, wenn auch in den oberen vier Volksschulklassen praktischer Arbeitsunterricht in den Vordergrund rückt. Die vorliegenden Vorschläge betreffen nur die bisherigen Forderungen zum Ausbau der Volksschule.

Aus Gründen der Einheitlichkeit ist eine reichsrechtliche Regelung der Frage erforderlich.

Das neunte Schuljahr muß das Bindeglied zwischen Volks- und Berufsschule sein. Die wesentlich weltanschauliche Bestimmtheit der Volksschule würde die sachlich zweckmäßige Gestaltung des weiteren Schuljahres hemmen; die diesem Schuljahr eigentlich zu stellenden Aufgaben können in diesem Rahmen nicht erfüllt werden.

Im Interesse des neunten Schuljahres wäre in allen Ländern eine Einheitlichkeit der Verwaltungsmassnahmen erforderlich. In den großen und mittleren Städten mit ausgebautem Volks- und Berufsschulwesen läßt sich mit den vorhandenen Lehrkräften, Räumen und Einrichtungen beider Schulgattungen unter entsprechender Ergänzung für die besonderen Aufgaben des neunten Schuljahres seine Durchführung als selbständige Einrichtung ermöglichen. In Gemeinden mit ungliedertem Volksschulwesen und mit noch ungenügend gegliedertem Berufsschulwesen, in denen der Berufsunterricht größtenteils durch Volksschullehrer im Nebenamt erteilt

wird, müßten Lehrkräfte durch besondere Kurse für die neuen Aufgaben geschult werden.

Die Einführung des neunten Schuljahres läßt die gleichzeitige Schaffung eines Reichsberufsschulgesetzes erwünscht erscheinen.

Die Durchführung des neunten Schuljahres darf aber mangels reichsrechtlicher Bestimmungen nicht behindert werden. Es sollte vielmehr, wenn ein Land die Regelung erstrebt, durch entsprechende Reichsbeihilfen die Lösung erleichtert werden.

Die Zielfestlegung für das 9. Schuljahr.

a) Berufsfindung und Berufsvorbereitung der praktischen Arbeit.

Die praktische Arbeit im neunten Schuljahr soll der Berufspraxis entsprechen, d. h. sie muß werktätiger und büromäßig sein und sich entschieden von jedem Dilettantismus fernhalten. In Verbindung mit der praktischen Arbeit und aus ihr sachgemäß ergebend sind fachkundliche Unterweisungen durchzuführen. Einfache zeichnerische und kalkulatorische Übungen, sofern sie sich aus der Arbeit ergeben, sind zu pflegen. Der gesamte Betrieb darf sich nur auf einfache Arbeiten und Werkstücke erstrecken. Die Schüler sollen in diesem Jahre eine angemessene Gewandtheit und Handfertigkeit erreichen, mit Arbeitsmitteln und Arbeitsstoff vertraut werden und an ihrer Arbeit Schaffensfreude erleben. Damit dient das neunte Schuljahr der Berufsvorbereitung und schafft sachlich die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Lehrzeit.

Für die Durchführung der praktischen Arbeit wären entsprechende Lehrstätten, Werkstätten und Arbeitsräume etwa für folgende Gruppen einzurichten: Technische Gruppe: Metall, Holz, Leder, Papier, Textilien u. a. Gruppe für Lebensmittelherstellung und Lebensmittelversorgung und Hauswirtschaft: Küchen- und Serolieranstalten usw. Gruppe für Handel und Verkehr und kaufmännische Berufe: Büros, Verkaufs- und Dekorationsräume usw. Kunstgewerbliche Gruppe: Arbeitsstätten zum Zeichnen, Malen, für kunstgewerbliche Sonderabteilungen usw. Landwirtschaftliche und gärtnerische Gruppe: Schulgärten usw.

Diese Gruppierungen entsprechen in großen Zügen den hauptsächlichsten Berufsrichtungen, soweit sie in diesem Schuljahr bereits arbeitsmäßig vorbereitet werden können. Die praktische Ausgestaltung könnte sich dann sowohl nach Richtung wie nach Differenzierung im wesentlichen den örtlichen Verhältnissen anpassen. Die Schüler(innen) sollen nach Reifung und Begabung die entsprechenden Gruppen wählen. Übergang von einer Gruppe zur anderen muß möglich sein. Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung ist unbedingt erforderlich.

b) Wirtschafts- und Gesellschaftskunde.

Hauptzweck des Unterrichts muß sein: Einführung in die vom Lebenskreis der Jugendlichen aus wichtigen und bedeutsamen wirt-

schaftlichen, öffentlichen und allgemeinen gesellschaftlichen Einrichtungen. Praktische Übungen, vor allem aus dem Gebiete des eigenen Lebens und des Lebens der Schulgemeinschaft, praktischer Verkehr mit Behörden, wie Jugendamt, Schulverwaltung, Eisenbahn, Verkehrsverwaltung usw., praktisch durchgeführte Selbstverwaltung der Schulbedürfnisse, Wahl von Vertrauensschülern für die Erledigung einzelner geschäftlicher, technischer und anderer praktischer Aufgaben. Der Unterricht muß den praktischen Bedürfnissen folgen und der Verantwortungsfähigkeit der Jugendlichen angepaßt sein.

Der Unterricht hat das Ziel, die Jugendlichen mit der heimatischen Umgebung, den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und den wirtschaftlichen und politischen Organisationen vertraut zu machen.

c) Ausdruckspflege.

Pflege des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks durch Stoff aus der praktischen Lebens- und Schulgemeinschaft. Führung von Protokollen, schriftliche und mündliche Berichterstattung, Korrespondenz aller Art, Schulzeitung, Zeichnen, Malen, Modellieren zur Übung der Form- und Raumvorstellung, Schriftpflege, Schmudfschrift, Schmudform, Raumteilung, Perspektive, graphische Darstellung, Reklame, Ausdrucksübung. Die Auswahl richtet sich nach Reifung und Fähigkeiten.

Der mündliche und schriftliche Gebrauch der Sprache ist in den Vordergrund zu stellen; Lücken sind unbedingt auszugleichen.

Gesellschafts-, Gemeinschafts- und Festgestaltung (Szenen, gelegentliche wahlfreie Literatur- und Kunstbetrachtungen, gesangliche und musikalische Betätigung, Sprech- und Bewegungstheater) sind nach Möglichkeit zu pflegen.

d) Gesundheitspflege.

Der Unterricht soll der Pflege der gesunden Entwicklung der Jugendlichen und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft dienen. Dazu gehören Gesundheitsübungen und Gesundheitslehre. Die Sauberhaltung des Körpers, der Kleidung, der Arbeitsräume, des Arbeitsmaterials wie der sonstigen vom dem einzelnen Jugendlichen abhängigen Umgebung muß zur dauernden selbstverständlichen Gewöhnung werden. Die mannigfaltigen Formen des Sports (Turnen, Schwimmen, Gymnastik usw.) müssen ständig geübt und durch längere und kürzere Wanderungen ergänzt werden. Praktische Beteiligung der Ernährung und Kleidung, Gewöhnen zu sozialhygienischem Verhalten in geschlossenen Räumen (Wohn-, Arbeits- und Versammlungsräumen), auf der Straße, in den Verkehrseinrichtungen, bei Wanderungen usw.

Im Zusammenhang mit diesen praktischen Übungen, die je nach Interesse und Bedarf gelegentlich oder systematisch erfolgen, ist die Aufklärung über gesundheitliche Fragen, namentlich der Entwicklungsjahre, einzuschalten. Dabei ist Wert zu legen auf die sichere und anschauliche Kenntnis von Krankheiten, soweit sie in ihren gesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen für die Jugendlichen praktisch von Bedeutung ist.

Die Unterrichtszeit dauert täglich fünf Stunden, wovon der größte Teil der praktischen Arbeit gewidmet ist. Ein Wochenende ist abwechselnd als Wandertag, Arbeitstag oder Studientag vorzusehen.

Der Unterricht ist lebendig in Form der Arbeitsgemeinschaft zu gestalten. Moderne Anschauungsmittel (Besichtigungen, Lichtbildvorträge u. a.) sind zu verwenden.

Fünf Jahre Ruhrgaspolitik.

Die Expansion zu Ende. — Zum Geschäftsbericht der Ruhrgas-A.G.

Ende 1926 hatte Dr. Bögl eine neue Ära der deutschen Gaswirtschaft angekündigt: Leitungen von den Ruhrzechen durch ganz Deutschland wurden propagiert, Zeit dürfe nicht verloren werden, weil Zeitverlust den Plan gefährde. Man hat an der Ruhr keine Zeit verloren. Drei Jahre lang schien eine unerhörte Offensive im Gang, im vierten war die Stocung da, im begonnenen fünften, im Jahre 1931, sind die Pläne als mißglückt anzusehen. Die große Ruhrgasexpansion ist zu Ende.

Unter dieser Perspektive ist der Geschäftsbericht zu betrachten, den die Ruhrgas-A.G., die Nachfolgerin der A.G. für Kohleverwertung in Essen, über das vergangene Jahr veröffentlicht. Für den oberflächlichen Betrachter mögen die Angaben von 1930 noch passabel erscheinen. Leitungsanschlüssen nach Arefeld, nach Hannover, und in Westfalen, im Jahre 1930 insgesamt 121 Kilometer neue Leitungen, Anschluß von 23 Zehentotstellen statt 15 im Jahre 1929, Steigerung des Gasabfahes von 405 auf 710 Millionen Kubikmeter. Aber diese Entwicklung kann nur den Richtinformierten täuschen.

Die Ruhrgas-A.G. produziert ja nicht, sondern sie verkauft nur das von den Zechen erzeugte Kohlenwasserstoffgas. Was an die angeschlossenen Werke der Aktionäre (Zechenbesitzer) geliefert wird, ist eigentlich kein neues Geschäft, und vor allem ist es kein gutes Geschäft; denn was die Eisenwerke im Gaspreis mehr zahlen würden, zahlen sie ja letztlich an sich selber als Zechenbesitzer und Kohlerzeuger. Das gute Geschäft liegt nicht im Absatz von sonstigem Industriegas; denn die Industrie kann nach sachmännischer Schätzung nur 2 bis 2,5 Pf. je Kubikmeter zahlen. Wird aber über 100 Kilometer hinaus geliefert, ist Industriegas daher wahrscheinlich schon ein Verlustgeschäft. Das gute Geschäft ist allein der Anschluß von Städten und die Versorgung von Kleinverbrauchern. Aber bis Ende 1930, wo ein Bruttoabfah von 710 Millionen Kubikmeter erreicht war, waren unter diesen 710 Millionen erst 135 Millionen Kubikmeter, die an Gemeinden und Gasverteilungs-gesellschaften geliefert wurden. Der Rest ging mit 330 Millionen an die Konzernwerke der Aktionäre und mit 245 Millionen an andere industrielle Werke. Da vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk durch Übernahme der Lei-

tungen und Beträge etwa 30 Millionen Kubikmeter Kommunalgas schon übernommen worden waren, ist-

der ganze bisherige eigentliche Erfolg der Ruhrgas-A.G. auf etwa 100 Millionen Kommunalgas zu schätzen.

Wahrlich ein mehr als bescheidenes Ergebnis für eine fast fünfjährige Kampagne, die eine Flut von Tinte und Druckerhörwürze und von Verwaltungskosten aller Art veranlaßt hat.

Der Geschäftsbericht der Ruhrgas-A.G. ist an sich schon sehr fleißig. Aber er tut doch noch so, als ob die gaspolitische Pleite, obwohl sie endgültig da ist, noch nicht eingetreten wäre. Doch die Berufung auf die Wirtschaftskrise, die das Geschäft behindert hätte und im Bericht einen so großen Raum einnimmt, ist irreführend: Die Kommunen, besonders die großen Städte, kommen bei der Eigenerzeugung eben billiger weg, die regionale Gruppengasversorgung ist, wenn ihre Durchführung gegenwärtig auch an der öffentlichen Finanznot und den Kreditverhältnissen scheitert, der Fernversorgung von den Zechen überlegen, und die Industrie bezieht sich nicht deshalb mit der Umstellung auf Gas nicht sehr, weil man dazu kein Kapital hätte, sondern weil das Ferngas auf größere Entfernungen eben teurer ist als die verfeuerte Kohle. Es nißt der Ruhrgas-A.G. nichts, um diese Tatsachen herumszureden. Ihre Chance, damit hatte Dr. Bögl vollständig recht, lag im ersten Ansturm, lag in der Verfeuerung der technisch ahnungslosen Öffentlichkeit, lag in dem Mißbrauch der Idee, daß alles technisch Großzügige ohne weiteres auch wirtschaftlich überlegen sei. Diese Chance kam durch den fast einhelligen Widerspruch der Fachleute, aber auch durch das mangelhafte Augenmaß bei der Ruhrgas-A.G. selbst nicht zum Zuge. Das Schwerkgewicht der Dinge selbst zerstörte die Erwartungen und die Kalkulation eines falschen Plans.

Die Ruhrgas-A.G. ist über Hannover nicht hinausgekommen, sie ist in Köln stecken geblieben. Hannover ist für die Ruhrgas-A.G. Köln ist für die Kölner Stadtverwaltung, wovon später noch einige Worte zu sagen sind, ein schlechtes Geschäft. Der im Februar 1931 unterzeichnete Heloga-Saar-Ruhr-Vertrag ist eine Fassade, hinter der nichts steht. Der Durchbruchversuch nach Süden ist also auch gescheitert. So ist die Ruhrgas-

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Tube 54 Pf. Große Tube 90 Pf.

gas-A. G. heute auf das Weichbild der Ruhrzechen im wesentlichen beschränkt. Die Ruhrgas-A. G. selbst ist ein Beweis für die Wichtigkeit des Gruppengasgedankens geworden, denn sie stellt selbst nur eine Gruppengasversorgung im Zechengebiet dar, die noch bei weitem nicht vollständig ist.

So können auch die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung

Keineswegs, wie es der Geschäftsbericht will, so betrachtet werden, als ob es sich um die Bilanz einer sich ausbauenden Unternehmung handle, bei der „natürlicherweise“ die Verluste noch steigen müssen. Das darf deshalb nicht geschehen, weil das Zukunftsgehalt nicht sichtbar ist, das die Verluste ausgleichen und die vorhandenen und zu bauenden Anlagen voll beschäftigt wird.

In der Bilanz ist der Wert des Rohrnetzes und der Betriebsanlagen von 51,9 auf 65,1 Millionen gestiegen; aber obwohl 4 Proz. Abschreibungen auf die anfangs des Jahres vorhandenen Rohrnetze für nötig gehalten werden, hat man statt 2,1, offenbar nur 1,3 Millionen abgeschrieben (0,4 Millionen sind Rückstellungen für andere Zwecke), um die Verluste nicht noch höher erscheinen zu lassen. Auf der Passivseite erfolgten 5,9 Millionen Reizeinzahlungen auf das Kapital und die Aufnahme von 12,8 Millionen neuen Bankschulden, die den Zugang auf der Aktivseite übersteifen. In der Gewinn- und Verlustrechnung ist der Zinsaufwand von 0,99 auf 2,67 Millionen fast verdreifacht, und der Vorjahresverlust von 3,58 Millionen ist auf 5,33 Millionen erhöht, obwohl, wie gesagt, die Abschreibungen unzureichend dotiert worden sind.

Dieses ungünstige Bilanz- und Gewinnbild erklärt sich nicht allein daraus, daß die Gesellschaft im Aufbau ist, sondern auch daraus, daß der Aufbau selbst problematisch geworden und kaum im Verhältnis zu den aufgewendeten Kapitalien steht. Unter diesen Umständen ist es gerechtfertigt, in wenigen Zügen

eine Bilanz der Ferngaswirtschaft der Ruhr

zu machen. Auch für die nächsten Jahre sind Verluste angekündigt, das wundert uns aus den dargelegenen Gründen nicht. Wenn irgendwann darf man heute bei den Ruhrgasplänen von einem fast vollständigen Zusammenbruch sprechen.

Dieser Zusammenbruch ist im Oktober 1930 von den Direktoren der Ruhrgas A. G. und anderen Sachverständigen des Bergbaues eingestanden worden. Es wurde zugegeben, daß die bisherigen Fortschritte nur der Gasübernahme durch „verwandte Industrien“ zu danken gewesen sei, bei den Kommunen steht man im ganzen vor einem Fiasko. Auch gegenüber den Kommunen sind die wenigen Erfolge auf die kommunale Finanznot und nicht auf die Zweckmäßigkeit der Ruhrpläne zurückzuführen. Die Fachleute des Ruhrbergbaues und die Direktoren der Ruhrgas A. G. selbst sahen sich gezwungen, vor einer Ueberrellung beim Abschluß mit Kommunen zu warnen, weil zu Preisen abschließen müsse, „die 'päter sehr wehe tun'“. Auf der Technischen Tagung des Ruhrbergbaues im Oktober 1930 wurde die sensationelle Erklärung abgegeben, daß das Ferngasgeschäft bereits zu einem Irreversiblen an Kohle geführt habe, und zwar von täglich 6000 Tonnen, was der Leistung von zwei modernen Zechen entspricht. Dabei sprach man einst von der Lösung des Kohlenproblems, von der Befreiung des Kohlenüberschusses, von

einer zu beseitigenden Koks-Gas-Schere, was alles durch die Ruhrpläne geschloffen werden sollte.

Drei Glanzpunkte schien es in der Ruhrgaspolitik zu geben: Hannover, die Hefoga und Köln. Hannover ist ein Fehlschlag, weil die hannoveranische Industrie sich nicht angeschlossen will; das Industriegas sollte aber die ungünstigen Vertragspreise rentabler machen. Die Hefoga-Berträge sind schließlich ein Fehlschlag ersten Ranges geworden. Mit Mainz will man heute nur noch einen Pachtsvertragsvertrag abschließen, weil kein Hinterland mehr da ist. Seitdem die wichtigsten Städte die Ferngaspläne ablehnen. Das ganze süddeutsche Geschäft der Ruhrgas A. G. hängt heute von der Frage ab, ob Opel in Kasselheim sich auf Gas umstellen wird. Opel denkt aber nicht daran; die Firma hätte Geld genug, weil die Gasumstellung sich auch dort nicht lohnt. Ob Köln für die Ruhrgas A. G. rentabel ist,

58. Abt. Charlottenburg Mittw., 6. Mai, 19 Uhr, Logenhaus, Kleiststr. (Gartensaal) Öffentliche Frauenversammlung „Volksbewegung gegen § 218.“ Referentinnen: Dr. Käthe Frankenthal, M. d. L., und Frau Assessor Dr. Klausner.

Ist eine offene Frage. Für die kölnische Bevölkerung ist die Ruhrbelieferung sicher kein Vorteil. Das Versprechen der Tariffenkung auf 18 Pf., das nach Durchführung der Ruhrlieferungen eingelöst werden sollte, konnte nicht gehalten werden. Die Kölner Stadtverwaltung erzielt heute aus der Gaswirtschaft nur 2,9 gegen 4,7 Millionen im Jahre 1928/29.

Aber auch in anderen Gebieten Deutschlands wurden mit der Koksgasversorgung traurige Erfahrungen gemacht. — Es zeigte sich, daß der Wechsel von Konjunktur und Krise in Depressionszeiten sowohl die Sicherheit der Versorgung illusorisch als auch die Einhaltung von sozial wichtigen Versprechungen unmöglich machen kann. Hätte die Stadt Hildesheim entsprechend einem Vorschlag der Isfider Hütte Gas von Isfide bezogen, und ihr Gaswerk stillgelegt, so hätte die Stilllegung der Isfider Hütte Hildesheim ohne Gas gelassen. In Slettin war die Stadtverwaltung, weil die Arbeitslosigkeit in dieser notleidenden Hafenstadt übermäßig groß war, auf den Gasbezug von der Hütte Kraft eingegangen unter der Bedingung, daß 700 Arbeiter in Brot bleiben und ein neuer Hochofen gebaut wird. Der neue Hochofen wurde nicht gebaut, die Hütte Kraft wurde stillgelegt, die Arbeiter sind trotz des Gaslieferungsvertrages arbeitslos geworden.

Die Ferngasbilanz ist also, soweit von den Zechen Ferngaspolitik getrieben worden ist, denkbar ungünstig. Die Feststellung ist keine Uebertreibung, daß die Zechenferngasprojekte, soweit sie über die Gruppengasorientierung hinausgingen, ein Fehlschlag waren, und daß selbst im Rahmen der Gruppengasversorgung die Belieferung von den Zechen in Depressionszeiten noch ein kaum hinzunehmendes Risiko in sich trägt. So wird der Geschäftsbericht der Ruhrgas A. G. für das Jahr 1930 zum Anlaß, den Zechenprojekten, die auch für die Bergwerke alles weniger als ein Segen waren, mit noch größerem Mißtrauen zu begegnen als bisher.

Jahrestag der Konsumvereine.

hundertzwanzigster ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Magdeburg.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine e. V. lädt zu seinem diesjährigen Genossenschaftstag am 8., 9. und 10. Juni in der Stadthalle in Magdeburg ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes und über allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten, die Erörterung der gegen die Konsumvereine gerichteten Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte und Vorträge über die Bedeutung und die Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion und über das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag findet ebenfalls in der Stadthalle in Magdeburg am 11. Juni die Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. statt. Auf der Tagesordnung stehen innere geschäftliche Angelegenheiten.

Gewinnsteigerung beim Stöhr-Konzern

Wollspinnerei bleibt rentabel.

Der führende deutsche Spinnereikonzerne, die Stöhr u. Co. A. G. in Leipzig, konnte im Jahre 1930 bei einem Rohgewinn von 2,77 gegen 2,70 Mill. Mark einen Reingewinn von 1,12 Mill. erzielen, der um rund 12 Proz. den Ertrag des Vorjahres übersteigt. Wie wir bereits kurz berichteten, wird der Konzern für 1930 wieder eine Dividende von 5 Proz. zahlen. Wie der Geschäftsbericht ausführt, blieb die Gesellschaft im letzten Jahr von Betriebsbeschränkung und Arbeitslosigkeit verschont. Die Fortsetzung des Wollpreissturzes um weitere 30 Proz. im vergangenen Jahr habe zu einem Rekordbestand der Wollpreise geführt, wie er seit der Jahrhundertwende nicht zu verzeichnen gewesen ist. Bei dieser Entwicklung waren Konjunkturverluste unermeldlich. — Die finanziellen Verhältnisse des dem Unternehmen haben sich im Berichtsjahr sichtbar verbessert. Die Bestände sind von 8,75 auf 4,94 Mill. Mark zurückgegangen, was sicherlich nicht nur mit der Preisentwertung zu tun hat, sondern in erheblichem Maße auf Räumung der Läger zurückzuführen sein dürfte. In diesem Zusammenhang ist die Senkung der Schulden um die Hälfte von 14,5 auf 7,2 Mill. Mark bemerkenswert. Die Forderungen sind in weit geringerem Umfang von 13,5 auf 9,7 Mill. Mark zurückgegangen.

Die im Verwaltungsbericht aufgestellte Behauptung, daß die Garnpreise Verdienstmöglichkeiten kaum zuließen, darf nun mit Vorbehalt aufgenommen werden, denn wenn die Gewinnspanne in der Wollverarbeitung auch etwas zurückgegangen ist, so zeigen die

Abschlüsse der Wollspinnereien und Webereien doch deutlich, daß hier nicht gerade mit knappen Gewinnen gearbeitet wird. Diese Feststellung, die mit der verstärkten Auslandskonkurrenz begründet wird, soll aber offenbar als Druckmittel für neue Zollforderungen auf Garne dienen, die dann auch im Geschäftsbericht prompt erfolgen.

Die Aufrechterhaltung der Vorjahresdividende wird von der Verwaltung mit einer verhaltensoffeneren Beurteilung der Geschäftslage erklärt. Die Wollpreise hätten nach dreijährigem Absinken jetzt zum erstenmal eine stärkere aufsteigende Tendenz gezeigt. Dementsprechend sei die Kundenschaft auch aus ihrer Reserve herausgetreten und habe Aufträge in größerem Umfang erteilt, so daß die Konzernbetriebe für die nächsten Monate ausreichend beschäftigt seien.

Reservepolitik des Dachpappenkonzerns

Dividendenzahlung für 1930 eingestellt.

Die Vereinigte Dachpappen-Fabriken A. G. Berlin, deren Kapital von 7,6 Millionen je zur Hälfte im Besitze der Oberschlesischen Koks- und der Rütgerswerke A. G. sich befindet, stellt für 1930 ihre Dividendenzahlung ein. Nachdem schon im vorhergehenden Jahr die hohen Aktionärsgewinne von 10 und 12 Proz. aus den Jahren 1927/28 auf 8 Proz. gesunken waren, ist die für 1930 unterbliebene Gewinnausschüttung als ein Akt ausgesprochener Reservepolitik anzusehen.

Dies geht aus der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft nicht ohne weiteres hervor. Von dem mit 1,30 gegen rund 2 Millionen Mark ausgewiesenen Rohgewinn verbleibt nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben sowie der wieder sehr hohen Abschreibungen von rund 410 000 M. nur ein kleiner Reingewinn von rund 50 000 M. gegenüber mehr als 675 000 M. im Vorjahr. Die Gesellschaft hat aber vor Aufstellung ihrer Gewinnrechnung ganz betrübliche Sonderabschreibungen und Rückstellungen vom Gewinn in Höhe von rund 400 000 M. vorgenommen, so daß sich damit das Bild ganz wesentlich ändert. Unter Einrechnung dieser besonderen Gewinnrückstellungen wäre das Unternehmen, ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in der Lage gewesen, eine Dividende von 6 Proz. zu zahlen.

Der Geschäftsbericht erwähnt, daß nach drei Jahren ständiger Abschlagsteigerung 1930 erstmalig ein Rückgang der Umsätze eintrat. Besonders schlecht war das Geschäft in Dachpappen und Leerpapier, während die Umsätze für Rohpappe, für Strohhautstoffe und andere Baumwaren sich teils gehalten haben, teils sogar noch gestiegen sind. — Die Verwaltung wird auf der Generalversammlung eine Kapitalerhöhung um 2,4 auf 10 Millionen Mark beantragen, deren Mittel in erster Linie zur Abdeckung der Schulden dienen sollen.

Ein Jahr Waggonkonzentration

Der Umbau im Linke-Hofmann-Busch-Konzern.

Bei dem führenden deutschen Waggonkonzern, der Linke-Hofmann-Busch A. G., hat das am 30. September abgeschlossene Betriebsjahr 1929/30, dessen Bilanz und Geschäftsbericht jetzt vorliegen, weitgehende Umstellungen mit sich gebracht. Der Konzern, dessen Aufbau in den letzten neun Jahren mehrfach grundlegende Änderungen erfahren hat, konnte durch die starke Expansion des letzten Jahres seine schon beherrschende Stellung im deutschen Waggonbau noch verstärken, womit eine Konzentration der Betriebsinteressen in den ost- und mitteldeutschen Werken Hand in Hand ging. Um sich einen starken Stützpunkt im Westen zu erhalten, wurde die Düsseldorfer Waggonfabrik Schöndorff aufgekauft. Die gleichfalls übernommene Norddeutsche Waggonfabrik in Bremen wurde nach Breslau verlegt. Zugleich wurde von der hannoverschen Waggonfabrik die Hälfte des Kapitals erworben. Diese starke Auffassungspolitik hat dazu geführt, daß der Konzern seinen Quotenanteil am Reichsbahngeschäft von 25,5 auf 28,07 Proz. und an den freien Waggongeschäften von 31,8 auf 35,74 Proz. steigern konnte. In diesem Zusammenhang ist die endgültige Stilllegung des Breslauer Lokomotivbaues zu erwähnen, der in Form eines Arbeitsaustausches an Krupp und Henschel abgetreten wurde.

Das Berichtsjahr brachte dem Konzern eine Umsatzsteigerung von 75,5 auf 81,6 Millionen Mark, rund 56,2 Millionen — hiervon 15 Proz. Auslandslieferungen — entfallen auf den Waggonbau. Auch der Umsatz im Dieselmotorenbau konnte erhöht werden. Verhältnismäßig gering blieb allerdings die schlechte Lage der Landwirtschaft der Umsatzzugang in Raupenschleppern, während bei Papiermaschinen und auch im Kesselbau der Konjunkturrückgang sich stärker auswirkte. Der Auftragsbestand am 1. Oktober betrug 31,5 Millionen und am 1. April rund 20 Millionen Mark. Die Belegschaft stellte sich auf 7436 Personen.

Auch finanziell hat die Gesellschaft sehr günstig abgeschlossen. Die Dividende bleibt bei fast gleichem Reingewinn von 1,81 Millionen mit 5 Proz. unverändert. Diese Ziffern spiegeln aber nicht die tatsächlichen Gewinne des Geschäftsjahres wider. So ist vor Aufstellung der Gewinnrechnung eine Sonderrücklage von 2,25 Millionen Mark gebildet worden, zu der mehr als 1 Million aus laufenden Gewinnen genommen wurden, während der Rest aus Reichsneuschuldungen stammt. Auch die Rücklage für noch nicht abgetragene Verpflichtungen ist um mehr als zwei Millionen Mark gestiegen, so daß also die Rücklagen allein, ohne die schon stark herausgeschraubten Abschreibungen, ein Mehrfaches des Reingewinnes darstellen. Ein Zeichen, daß die Prozentdividende nicht annähernd den Grad der tatsächlichen Rentabilität des Linke-Hofmann-Konzerns widerspiegelt.

Für 120 Mill. Herde und Defen.

Die Produktion erfolgt überwiegend in Großbetrieben.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht im zweiten Aprilheft von „Wirtschaft und Statistik“ die Resultate der Erhebung über die Herd- und Ofenindustrie für 1928 und 1929. Es wurden 91 Betriebe erfaßt, die 1929 zusammen 2882 Angeestellte und 10 436 Arbeiter beschäftigten. Sie verarbeiteten Rohstoffe und Halbfabrikate (Grauguss und Feinblech) im Werte von 68 Millionen Mark. Der Wert der Jahresherzeugung belief sich auf 171,3 Millionen Mark. Die Ausfuhr betrug 21 Millionen Mark, machte also 12 Proz. der Produktion aus.

Hergestellt werden vor allem Haushaltungsherde und solche Zimmeröfen, die ganz aus Eisen und Blech bestehen. Aber nur ein Teil der auf den Markt kommenden Badesöfen, elektrischen Kocher, gewerblichen Defen wird von der Ofen- und Herdindustrie hergestellt, da auf diesem Gebiet auch andere Industrien (Elektrotechnik, Maschinenbau) tätig sind.

Wenn auch die Produktionsstätten der Herd- und Ofenindustrie über ganz Deutschland verteilt sind, so ist doch eine gewisse Konzentration auf den Westen (Rheinland-Westfalen, Hessen) und Nordwesten (Hannover, Schleswig-Holstein) festzustellen. Diese Gebiete sind mit etwa 60 Proz. an der Gesamtproduktion wie an der Ausfuhr beteiligt. Von den süddeutschen Produktionsgebieten ist Baden von größerer Bedeutung.

Die Produktion erfolgt überwiegend in Großbetrieben. So sind an der Herstellung von Herden mit Blechrümpfen (Gesamtwert 74 Millionen Mark) Großbetriebe mit mehr als 300 Arbeiter zu 74 Proz., Mittelbetriebe (51 bis 300 Arbeiter) zu 23 Proz., Kleinbetriebe nur zu 3 Proz. beteiligt. Großbetriebe (für Anstalten) werden sogar zu 84 Proz. von Großbetrieben hergestellt.

Leichte Belegung in der Metallwarenindustrie.

Der Reichsbund der deutschen Metallwaren-Industrie meldet für April in einigen wichtigen Gruppen eine leichte Belegung. Die sich allerdings gegen Monatsende wieder abschwächte. In bescheidenem Umfang erfolgten Neueinstellungen. Die ungewöhnlich kurzen Lieferfristen sprechen dafür, daß es sich um Aufträge für die Wiederauffüllung leerer Läger handelt.

Kölner Ford-Fabrik eröffnet.

Gestern ist in der neuen Ford-Fabrik in Köln der erste Ford-Wagen hergestellt worden. Damit hat die Arbeit im Kölner Ford-Werk ihren Anfang genommen. Der Chassisrahmen wurde in der Mittagszeit auf das Fließband gelegt. Pünktlich gelangte der Wagen an das Ende des Fließbandes und bekam seine Brennstoffmenge.

Steigerung der russischen Holzexporte. Wie das russische Außenhandelskommissariat bekannt gibt, sind durch den Holzruhr „Exportes“ im Laufe der ersten vier Monate dieses Jahres mit ausländischen Firmen Verträge auf Holzlieferungen für die Summe von 185 Millionen Rubel abgeschlossen worden gegenüber 164 Millionen Rubel im Vorjahr.

MAGGI'S
Fleischbrühwürfel
jetzt billiger!
5 Würfel nur 18 Pfg.
MAGGI'S Fleischbrühwürfel
5 Würfel 18 Pfg.

Wohin der Weg?

Preisaufbau und Abbau der Sozialpolitik?

„Lohnabbau, gestützt auf Preisabbau!“ war die Parole der Reichsregierung. „Keine Senkung der Reallohnnes“, sagte der Reichsarbeitsminister.

Und nun ereignet sich folgendes: Der Brotpreis wird von 46 auf 48 Pf. erhöht. Die Reichsregierung kündigt „Maßnahmen“ an, um den alten Brotpreis wiederherzustellen. Resultat: der Brotpreis wird nochmals — von 48 auf 50 Pf. — erhöht.

Welche „Maßnahmen“ erwägt dagegen die Reichsregierung?

Aufhebung des Nachtbrotverbots und Senkung der Bäckerlöhne.

So wird allen Ernstes und mit einer kaffschanduzigen Selbstverständlichkeit verkündet, als handie es sich um die gleichgültigste Angelegenheit der Welt.

Das Brot wird teurer. Wer ist schuld daran? Die Sozialpolitik der Reichsregierung etwa? — Keine Spur! Die Arbeiter sind schuld! Ihre Löhne und überhaupt die ganze Sozialpolitik müssen erst gründlich in Grund und Boden abgebaut werden, dann wird es wieder besser werden. Beseitigt einmal erst die Sozialpolitik, „reformiert“ die Sozialversicherung, beseitigt das Tarifwesen, dann wird das Brot auch wieder um einige Pfennige billiger werden? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt das so:

„Dieses Programm (das die „D.A.Z.“ Herrn Brüning empfiehlt) wird gerade aus sozialer, zu innerst empfundenem Pflichtgefühl die Diskussion über Vord werfen müssen, daß die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des dogmatischen Modantrags der Gewerkschaften Deutschland noch retten kann. Die Sozialpolitik der sozialistischen Gewerkschaften, die mit der Verarmung unseres Volkes ebenwiegend rechnet, wie mit dem verlorenen Krieg, die den Terror unterstellt, die Tribute an das Ausland würden von den „Reichen“ allein getragen werden.

Ist für die himmelschreiende soziale Not der Gegenwart in erster Linie verantwortlich.

Wer eine vernünftige und im Industrieamt unentbehrliche Sozialpolitik erhalten will, muß den Entschluß fassen, die Wünsche des Versorgungsgedankens radikalistisch zu beseitigen, muß die Lüge des gleichen Anspruchs hoch- und

geringwertiger Arbeit bekämpfen, die Vernichtung des persönlichen Aufstiegsstrebens durch schematische Tarife aufheben, dem Grundgesetz der Verteilung wieder verschaffen und dadurch auch für Aufstiegsmöglichkeiten in die höhere Klasse sorgen, die heute nicht mehr bestehen.“

Wir haben ja in Deutschland seit einem Jahre und besonders seit den verhängnisvollen Septemberwahlen alles mögliche erlebt. Der Reichsarbeitsminister und der angebliche Reichsernährungsminister bemühen sich einträchtig, den Nationalsozialisten und den Kommunisten Zutrittsdienste zu leisten. Aber wenn die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung — ohne Wirtschaftsminister — schließlich

Die Arbeiter verantwortlich macht und büßen lassen will für eine Politik, die alle Lasten auf die Arbeiterschaft abwälzt,

so ist damit die Grenze überschritten, die man der Geduld der Arbeiterschaft setzen kann.

Wir wissen nicht, ob die Absichten und Pläne, die man der Reichsregierung zuschreibt, dort ernsthaft erwogen werden. Wenn aber selbst linksstehende Blätter ernsthaft verkünden, die Reichsregierung erwäge aus Anlaß der Brotteuerung die Beseitigung des Nachtbrotverbots und die Herabsetzung der Löhne der Bäcker, dann muß man sich fragen, wie es möglich ist, daß solche Pläne in den Zeiten heftiger Not und größter Erbitterung überhaupt aufkommen können!

Das Programm der „D.A.Z.“ ist nicht neu. Von unseren Schatzmachern ist man gewohnt, daß sie gern mit dem Gedanken der Herbeiführung des Chaos spielen. Politische Rindstöpfe waren sie schon immer gewesen. Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung sich ernsthaft mit diesem Programm beschäftigt. Aber es sind Tendenzen vorhanden, die ein Abgleiten nach dieser Richtung erkennen lassen. Wenn die Reichsregierung irgendwie geneigt wäre, gerade jetzt der Sozialreaktion noch weitere Konzessionen zu machen, so erklären wir, daß eine solche Politik in diesem Augenblick ein weithin sichtbarer Anfang wäre, dessen Ende allerdings nicht abzusehen sein würde.

Naziflage in zweiter Instanz.

Was man nicht beweisen kann, behauptet man.

Von etwa 800 Angeklagten, die die Berliner Verkehrs-Gesellschaft im Oktober v. J. aus wirtschaftlichen Gründen entlassen mußte, weil eine unter rechts- und linksradikalem Einfluß stehende Mehrheit der Belegschaft die Arbeitsstreckung abgelehnt hatte, behaupten rund 140 Entlassene, daß sie deshalb entlassen worden seien, weil sie der NSDAP angehören oder mit ihr sympathisieren. Die Einheitsratsmitglieder haben deshalb beim Arbeitsgericht geklagt gegen die BVG und die beiden Arbeiterratsvorsitzenden Flieger und Boll. Die Kläger verlangen insgesamt die „beidehene“ Summe von 350 000 M. Schadenersatz. Das Arbeitsgericht hat die Kläger abgewiesen.

Gegen das Urteil haben die Kläger Berufung eingelegt, die am Montag vor dem Bundesarbeitsgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kuben zur Verhandlung kam. Beim Aufruf der Kläger zeigte sich, daß etwa dreißig von ihnen nicht erschienen sind, ein Teil von diesen sogar die Klage ausdrücklich zurückgenommen hat. Auch der Zuscherraum ist nur schwach besetzt. Das in der ersten Instanz von den Nazis ausgeführte Theater hat also seine Zugkraft eingebüßt.

Rechtsanwalt Kurt Becker, Vertreter der Kläger, stellte die Behauptung auf, in der BVG herrsche ein unerträglicher Terror gegen rechtsgerichtete Arbeitnehmer. Nur eine bestimmte politische Richtung werde geduldet. Daß die Herren Prolat, Heidenreich, Flieger und Boll miteinander vereinbart haben, daß die Nationalsozialisten entlassen werden sollen,

könne allerdings nicht bewiesen werden.

Aber für die Annahme der Kläger lägen so viele Indizien vor, daß nicht die Kläger ihre Angaben zu beweisen hätten, sondern die Beklagten müßten beweisen, weshalb die Kläger entlassen seien!

Nun trug der Anwalt seine „Indizien“ vor. Es sind in der Hauptsache Redereien und Gerüchte, die vor den Entlassungen auf den Betriebsstellen umliefen, die aber natürlich von keinem der Beklagten veranlaßt worden sind. Weiter behauptete Rechtsanwalt Becker, die Beklagten Flieger und Boll hätten die Einflüsse der Entlassenen nicht berücksichtigt oder widerrechtlich verworfen.

Rechtsanwalt Bergin, der die BVG vertrat, führte aus: Die BVG habe eine sachliche Prüfung der Angelegenheit nicht zu scheuen. In der ersten Instanz hätten die Kläger Zeugen gestellt, nicht um bestimmte Tatsachen zu beweisen, sondern um erst aus den Zeugen etwas herauszuholen, was die Kläger in ihrem Sinne glauben verwerten zu können. In dieser Instanz sei eine Beweiserhebung prozessual nicht mehr zulässig, denn durch den Eid, den Direktor Prolat in der ersten Instanz geleistet habe, sei der Beweis erbracht, daß politische Gesichtspunkte für die Entlassung der Kläger nicht bestimmend waren. Damit sei der Prozeß zugunsten der Beklagten entschieden. Die BVG habe ja gar keine Entlassungen vornehmen, sondern

durch Arbeitsstreckung jede Entlassung vermeiden wollen.

Aber weil die Belegschaft die Arbeitsstreckung abgelehnt hatte, hätten Arbeiter entlassen werden müssen. Es sollten 1200 sein. Diese Zahl sei durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf 800 herabgesetzt worden. Nur wirtschaftliche Gründe seien für die Entlassungen bestimmend gewesen.

Rechtsanwalt Reumann, der die Beklagten Flieger und Boll vertritt, wies darauf hin, daß von den 140 Klägern nur 17

vor ihrer Entlassung Mitglieder der NSDAP oder deren Betriebszelle gewesen seien. Das beweise doch, daß die Parteistellung bei der Entlassung keine Rolle gespielt habe. Aus welchen Gründen der Arbeiterrat Einsprüche von Entlassenen abweise, das habe das Gericht nicht nachzuprüfen. Alle Beschlüsse des Arbeiterrats seien mit Mehrheit gefaßt. Man könne doch nicht die beiden Vorsitzenden wegen der Mehrheit zur Verantwortung ziehen. Im übrigen habe der Arbeiterrat eine Nachprüfung seiner Beschlüsse nicht zu fürchten, denn es sei dabei alles nach Recht und Ordnung zugegangen. Niemand sei vom Arbeiterrat gehindert worden, Einsprüche einzulegen. Wenn der Vertreter der Kläger behauptete, die Kläger seien alle schon lange vor ihrer Entlassung nationalsozialistisch gesinnt gewesen, so hätten aber nicht gewagt, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben und seien deshalb nicht der Partei beigetreten, so müsse man doch fragen, woher die Beklagten von der

forgfältig verborgenen Gesinnung

der Kläger etwas wissen konnte.

Schnel vom Gesamtverband, der ebenfalls die beklagten Arbeiterratsvorsitzenden vertritt, stellte fest, daß auch eine nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern seines Verbandes entlassen worden ist, wodurch doch klar bewiesen sei, daß auch die freien Gewerkschaftler keinen Vorzug in der BVG genießen und daß keineswegs rechtsgerichtete Arbeitnehmer für die Entlassung ausgesucht seien. Uebrigens hätten weder die Beklagten Flieger und Boll, noch der Arbeiterrat einen Einfluß bei den Entlassungen ausgeübt.

Die Verhandlung wurde nach sechsstündiger Dauer auf Dienstag, 11 Uhr, vertagt.

Gehaltsabbau bis 24 Prozent.

Eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit.

Der Abbau der Berliner Beamtengehälter — in der Verwaltungsproche „Beauftragung der Berliner Besoldungsordnung“ genannt — stand gestern abend in einer stark besuchten Funktionärskonferenz der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten im „Hadeschen Hof“ zur Debatte. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Genosse Solden, schilderte noch einmal ausführlich, wie sich die Gewerkschaften nach besten Kräften bemüht haben, den Abbau der Berliner Beamtengehälter abzuwenden.

Alle Besprechungen mit dem Oberpräsidenten, dem preussischen Finanz- und Innenministerium waren ebenso nutzlos wie die erfruchtete einmütigen Proteste des Berliner Magistrats, der Bezirksbürgermeisterkonferenz, des Gutachterauschusses und der Stadtverordnetenversammlung.

Von den Vertretern der freien Gewerkschaften wurde ganz besonders auf die politischen Auswirkungen dieses Gehaltsabbaues hingewiesen. Nicht ausschließlich, aber zum erheblichen Teil hat zum Beispiel die Beauftragung der Beamtensolden in Breslau bei der Reichstagswahl große Teile der Beamtenschaft den republikfeindlichen Parteien in die Arme getrieben.

Die Beauftragungsvorlesung ist jetzt ergangen. Sie steht ab 1. Juli bis zum 1. April 1932 in vierteljährlichen Etappen die schematische Angleichung der Gehälter der rund 50 000 Berliner Be-

amten an die der preussischen Beamten vor. Der größte Stand bei diesem Gehaltsabbau ist, daß er die unteren und mittleren Beamten, vor allem aber die Schwerkräftigen am stärksten trifft, während für die meisten oberen Beamten durch Einführung neuer Stellenzulagen usw. der Abbau kaum spürbar gemacht worden ist. Für einen nicht geringen Teil von Beamten bedeutet die Beauftragung im Endeffekt einen Gehaltsabbau bis zu 20 Proz., und zwar ausschließlich der bereits am 1. Februar erfolgten Gehaltskürzung um 6 Proz. Genosse Solden erklärte zum Schluß, daß den Beamtengewerkschaften und der Stadt Berlin nach der Entscheidung des Oberpräsidenten leider nur noch die Möglichkeit offenbleibt, der Beauftragungsvorlesung noch einige Stützpunkte auszubringen.

Die Konferenz verzichtete auf jede Debatte und sprach den Unterhändlern der freien Gewerkschaften ihr vollstes Vertrauen aus. Einstimmig wurde eine Entschleunigung angenommen, in der es nach dem Protest gegen die Beauftragung heißt:

„In der Beauftragungsvorlesung tritt noch stärker als vordem das Bestreben der Aufsichtsbehörde zutage, das Schwergewicht der Gehaltskürzungen auf die große Masse der Beamten der unteren und mittleren Gruppen abzuwälzen. Milderungen oben, Verschärfungen unten, so sieht die zugehörige „weitherzige“ Prüfung der Aufsichtsbehörde aus. Die Versammelten richten an die städtischen Körperschaften noch einmal den dringenden Appell, ihren Widerstand gegen die geplanten Gehaltsverschlechterungen der 50 000 städtischen Beamten und Angestellten mit Entschiedenheit fortzusetzen und für eine gerechte Wertung ihrer Arbeit einzutreten.“

6,64 Millionen für Unterstützungen.

Die Leistung des Holzarbeiterverbandes.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat seinen Jahresrechnungsbuch für 1930 vorgelegt. Dieser Abschluß ist ein Zeichen für die unermüdete Kraft des Verbandes. Ein furchtbares Jahr, dieses Jahr 1930. Seine Stürme sind nicht spurlos an dem Verband vorbeigegangen. Zu Beginn des Jahres 1930 war rund ein Viertel der Mitglieder arbeitslos. Vergeblich hoffte man auf eine Besserung. Am Ende des Jahres waren 46,5 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos und weitere 13,5 Proz. in Kurzarbeit. Das Jahr 1930 schloß mit

33,23 Proz. arbeitslosen Verbandsmitgliedern

im Monatsdurchschnitt jeden Rekord. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 315 185 am Schluß des Jahres 1929 auf 299 924 Ende 1930 zurückgegangen, das bedeutet einen Verlust von 15 261 Mitgliedern oder 4,8 Proz. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 308 832 gegen 315 621 im Jahre 1929. Das ist ein Rückgang von 6749 oder 2,1 Proz. Der Rückgang erklärt sich aus mangelndem Zugang. Er ist bedauerlich, aber nicht bedrückend. Er hat sich trotz der Belastungsprobe in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten.

Dem Klassenabschluß gibt die gesteigerte Ausgabe für

Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 5 254 463 M.

das Gepräge. Dieser Ausgabenposten läßt alle Vergleichszahlen früherer Jahre hinter sich. Dazu kommt noch die Unterstützung an Ausgesteuerte in Höhe von 652 053 M. Das ist die Aufwendung für die außerstatutarische Weihnachtsunterstützung. Auffällig ist der Rückgang der Aufwendungen für Krankenunterstützung. Diese erforderte im Jahre 1930 733 653 M. gegen 969 981 M. im Jahre 1929. Der Rückgang ist genau wie der bei den Krankenkassen nur eine Folge der Arbeitslosigkeit. Wer noch in Arbeit steht, vermeldet so lange wie möglich, sich krank zu melden, um nicht die Arbeitsstelle zu verlieren.

Ein hartes Jahr, eine harte Probe. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sie gut bestanden.

Protest der Nordwest-Angestellten.

Gegen den Gehaltsabbau-Schiedspruch.

Zu einer Massenfundgebung hatte der NW-Bund die Angestellten in Düsseldorf aufgerufen. Nach den Berichten der Gewerkschaftler Bruno Süß vom 30. M., Hoffmeister vom Butab und Honnacker vom Deutschen Betriebsverbände wurde an den Reichsarbeitsminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Nordwestangestellte Düsseldorf protestieren in überfüllter Versammlung aufs schärfste gegen Schiedspruch des Schlichters für Westfalen. Gehaltsabbau bedeutet unerträgliche Senkung der Lebenshaltung der Angestellten. Katastrophale Folgen für Lebensniveau von 100 000 Menschen. Gehaltsanteil an Herstellungskosten der Produktion macht Gehaltsabbau nicht notwendig. Reichsarbeitsminister wird um sofortiges Eingreifen ersucht. Unternehmer benutzen wirtschaftlichen Druck, Reverse zu erzwingen. Größte Elle geboten!“

Die Fabrikarbeiter im 1. Quartal.

Lohnabbau und Arbeitslosigkeit

Die Berliner Fabrikarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung für das 1. Vierteljahr ab. Der Bevollmächtigte Genosse Rücker gab über die Tätigkeit der Ortsverwaltung einen Bericht, der entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen nichts weniger als rosig war.

Die Arbeitslosigkeit sowie die Kurzarbeit der Mitglieder hat in den Monaten Januar bis März nicht nur nicht abgenommen, sondern noch zugenommen. Es sei höchste Zeit, daß die Regierung endlich energische Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit unternimmt und sich nicht immer auf das noch ausstehende Gutachten der Brauns-Kommission berufe, von dem die meisten Gewerkschaftler sich nicht viel versprechen. Bezeichnend genug sei es, daß der sozialdemokratische Professor Heimgann aus dieser Kommission ausgestiegen ist, weil er das weitere Verbleiben darin mit seinem sozialen Empfinden nicht mehr in Einklang bringen konnte.

Bei der Behandlung der Lohnabbauoffensive, die auch für die Arbeiter im Organisations- und Tarifgebiet des Fabrikarbeiterverbandes in Berlin einen Lohnabbau von 4% bis 8 Proz. brachte, schilderte Genosse Rücker ganz besonders die Be-

Bergmann
Färberei und chem. Reinigungs-Anstalt
70 Filialen in allen Stadtteilen!

färbt wäscht reinigt und bügelt
tadellos und billig
Anzüge und Paletots
Damenkleider u. Mäntel
Sportkleidung
Pfingstaufrüge schon jetzt erbeten.

wegung in der chemischen Industrie Berlins und der Provinz Brandenburg. Es wäre bestimmt möglich gewesen, den Lohnabbau von 4 1/2 Proz. in der chemischen Industrie zu verhindern, wenn hier ein besseres Organisationsverhältnis vorhanden wäre, da dann die Unternehmer sicherlich erst gar nicht die Kündigung des Lohntarifs ausgesprochen hätten. Aber leider treibe gerade in der chemischen Industrie die A.P.D. ihr gewerkschaftliches Unwesen besonders toll zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer.

Die Generalversammlung nahm dann zum Verbandstag Stellung, der im Juli in München stattfindet. Welches reges Interesse die Berliner Fabrikarbeiter an ihrem Verbandstag haben, bewiesen die vielen Anträge, die aus den verschiedensten Bezirken gestellt waren und nach einem einleitenden Referat des Gausekretärs Genossen Schuberl in reger, aber sachlicher Aussprache behandelt wurden. Als Kandidaten für die Urwahl zum Verbandstag, die am Sonntag, dem 10. Mai, vorgenommen wird, wurden folgende Mitglieder aufgestellt: Richard Reinroth, Fritz Freund, Emil Schubert, Charlotte Steffen, August Steinhilber und Kurt Thunack. Sämtliche Kandidaten sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Was geht bei Carisch vor?

Die Differenzen zwischen der Schokoladen- und Kaffee-Firma Carisch und dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, die in letzter Zeit durch die Geschäftsleitung heraufbeschworen werden, nehmen kein Ende. Abmachungen, die heute zwischen der Firma und der Gewerkschaft getroffen werden, selbst in Gegenwart des Syndikus der Arbeitgeber, werden morgen durch-

brochen. Weitere Lohnabsätze sollen nach einer Vereinfachung unterbleiben, trotzdem wurde einem Arbeiter der Lohn gekürzt.

Der Feldzug gegen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird ganz systematisch geführt, von Elementen, deren moralische Minderwertigkeit der Geschäftsleitung bekannt sein mußte. Die unsauberen Burschen suchten ihre Position zu stärken, indem sie gegen die freigewerkschaftlich organisierten alle möglichen und unmöglichen Beschuldigungen erheben. Auf Grund dieser leichtfertiger und schmutziger Denunziationen werden anstatt der Denunzianten ehrliche Arbeiter entlassen. Die Angeber bekommen so für ihre Manipulationen freie Hand und sichern ihre Stellen.

Die Organisation kann unmöglich diesem üblen Spiel ruhig zusehen und wird die Interessen ihrer Mitglieder gehörig zu vertreten wissen.

Die Betriebsratswahl in Buch.

Bei der Arbeiterratswahl wurden 47 gültige Stimmen abgegeben, davon 30 für die freigewerkschaftliche Liste, 6 mehr als im Vorjahr, und 17 für die A.P.D.-Liste, 6 Stimmen weniger als im Vorjahr. Den Arbeiterrat bilden drei Freigewerkschafter und zwei „Revolutionäre“.

Die Angestellten gaben 537 Stimmen ab, und zwar 437 für die freigewerkschaftliche Liste, das sind 43 mehr als im Vorjahr, und 100 Stimmen für die A.P.D., 10 weniger als im Jahre 1930. Acht freigewerkschaftliche Angestellte bilden mit einem A.P.D.-Mann (statt zwei im Vorjahr) den Angestelltenrat. Der Betriebsrat besteht aus sieben Freigewerkschaftern und zwei A.P.D.-Leuten.

Birchum-Krankenhaus, SPD-Fraktionsversammlung Donnerstag, 15 1/2 Uhr, im Lokal Birich, Föhner Str. 7, Der Fraktionsvorsitzende.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Dienstag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: **Kerpaw:** Jugendheim Schule Milbenbuckstr. 38-34 (Bortimmer). **Beimbepredung.** **Kraus:** Jugendheim Eiser Str. 18. **Beimbepredung.** **Rantolle:** der Verbandsbüchse. **Sidberg:** Toffstr. 20. **Wir und der 8. 218.** **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Unterstr. 44. **Beimbepredung.** **Pantow:** Jugendheim Kiffingstr. 48, Zimmer 5. **Beimbepredung.** **Gewerkschaftsbau:** Enselufer 24-25, Saal 11. **Kreismitarbeiter-Versammlung.** **Schönweide:** Jugendheim Rieberschönweide, Berliner Str. 61. **Beimbepredung:** „Gewerkschaften“. **Adlershof:** Jugendheim Bismarckstraße 1. **Wir befehlen die Gruppe Schönweide.** **Wedding:** Jugendheim Milbenbuckstr. 37. **Beimbepredung.** **Ostend:** Jugendheim Karlshorst, Treppenhalle 44 (Kant-Schule). **Beimbepredung.** **Südwest:** 19 1/2 Uhr im Jugendheim Gewerkschaftsbau, Enselufer 24-25, Saal 11. **Kreismitarbeiter-Versammlung.** **Korfbau:** Jeden Dienstag Spielen auf dem Sportplatz „Einfame Toppel“, Platz 2. **Korfbau:** Jeden Dienstag Spielen im Sportplatz Reichstraße ab 18 Uhr. **Südwest:** Spielen auf dem Sportplatz „Am Urban“ ab 18 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Korfbau:** Jugendheim Kerpaw Str. 18-19. **Vortrag:** „Robbner Strafmaß“. **Referent:** Gille. **Sidberg:** Wir befehlen die Versammlung des Verbandsbüchse. **Ostend:** Wir befehlen die Versammlung des Verbandsbüchse. **Spandau- und Borsigwerke:** hält ab 20 Uhr in der Schule (Hartstraße) Vorleser Straße 20 seinen Lesungsabend ab.

Bereit sein ist alles. Die Frau Hausfrau sollte stets Maggic Fleischbrühe vorrätig halten. Bei man keine selbstgemachte Fleischbrühe, aber kommt unerwartet Besuch, immer sind Maggic Fleischbrühebrühe gebrauchsfertig und helfen schnell aus der Verlegenheit. Sie sind mit bestem Fleischbrühe und feinen Gewürzen bereitet und enthalten alles, was zu einer guten Fleischbrühe gehört.

Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf sowohl Einzel.



BEI UNS Extra-Preise

Damen-Sportblusen aus feinem Waschpansama, weiss und farbig, beste Wäscheverarbeit., Stück	2.90	Paper-Panamahüte für Damen, aus Stamp, 1- und 2-farbig garniert, sehr modern, Stück	7.50	Sporthemden mit festem Kragen u. Krawatte, Stück	3.50
Damen-Pullover Blusenanschnitt, reine Wolle, in vielen Farben..... Stück	3.90	Unterkleider gute Kunstseide, mit eleganter Spitzenverzierung..... Stück	1.95	Herren-Wollhüte in neuen Formen und Farben, Stück	2.90
Damen-Blusen aus Crêpe de Chine (Kunstseide), mit reicher Blümchenarb. u. Krawatte, St.	5.90	Unterkleider schwere Charnossequalität, mit eleganten Spitzen..... Stück	2.95	Herren-Taschentücher gute Linonqualität, weiss mit indianerfarbiger Kante..... Stück	0.12
Zephir-Spielhosen in schönen Pastellfarben, für ca. 2 J. Jede weitere Grösse 0,25 mehr	1.75	Corselets eleganter Jaquard, mit Charnossebrust..... Stück	2.75	Küchenhandtücher reinele, Gerstenkorngew., weiss mit rot. Kante, ca. 40/100 cm, ges. u. geb., St.	0.62
Kinder-Kleider aus Beiderwand-Leinen, mit hübsch. Blümmchen, Gr. 40-60..... Stück	1.95	Damen-Strümpfe Waschknustseide, feinmaschig, Paar	0.85	Mittendecken schwere Hauschwarz, weiss, Fond, sparte Muster, handgespritzt, Stück	0.58
Mädchen-Kleider aus gestreift, indanthrenfarbigen Stoffen, Grösse 60-90..... Stück	2.95	Herren-Socken Florknustseide, modern gemustert, Flordoppelschle..... Paar	0.78	Kopfkissenbezüge mit mildem Wickel-à-jour-Muster..... Stück	0.90
Elegante Damenhüte aus gutem Chinastroh, mit sparten 2 farbigen Garnituren..... Stück	3.90	Kinder-Söckchen mit modernen Wellkädern, Grösse 6-10 0,40..... Grösse 1-3	0.38	Linon-Garnituren kräftige Qualität, 1 Deckbett, Gr. ca. 130/200 cm, 2 Kissen, ca. 40/80 cm, Garnit.	4.25

Ausserdem BILLIGE LEBENS MITTEL

Preise zur Dienstag u. Mittwoch. Fleisch u. leichtverderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen. Zusendung v. Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung v. 3,00 Mark an. *In allen Häusern ausser Androsch.

Schweinebauch ohne Beilage..... Pfd.	0.64	*Kabeljau gross, o. K., 1 gr. Pfd. von	0.12	Amerik.Aepfel Pfd.	0.42	Stangenkäse Allgäuer, 10%..... Pfd.	0.36
Schweineblatt ohne Beilage..... Pfd.	0.68	*Kabeljaufilet Pfd.	0.20	Zitronen Disl. von	0.32	10 Stück Eier	0.65
Rückenfett bratfertig..... Pfd.	0.54	Pflaumen mit Stein 1/2 Dose	0.68	Hühner gefroren..... Pfd.	0.88	Zerelatwurst oder Salamiwurst.... Pfd.	1.18
Eisbein n. Spitzbein gekocht..... Pfd.	0.48	Spinat 3 Pfd.	0.25	Waldtauben gefroren..... Stück	0.50	Gekochter Schinken ... Pfd.	0.35
Hammelvorderfleisch getr. Pfd. v.	0.54	Rhabarber .. 2 Pfd.	0.35	Inlandbutter Pfd.	1.24	Mettwurst nach Braunschw. Art, Pfd.	0.88
Bratwurst Berliner Art..... Pfd.	0.80	Blumenkohl Kopf von	0.30	Markenbutter allerfeinste deutsche, Pfd.	1.52	S p e c k maser..... Pfd.	0.90
*Frische Schollen 3 Pfd.	0.25	Neue Kartoffeln italienische..... 4 Pfd.	0.85	Holländer oder Edamer, 40%... Pfd.	0.70	Hartweizengröss Pfd.	0.28
*Amur-Lachs gefroren, im ganz. Pfd. v.	0.60	Himbeer- oder Kirschsaft sehr gute Qualität. Preis ohne Flasche: 10 Fl. 12.50. 1/2, Champagnerfl.	1.25	Backobst Pfd. von	0.36		

Fescher **SPORTMANTEL**
aus guter Qualität, ganz auf Kunstseide gefüttert, mit modernen Klappenrevers, gut verarbeitet, weit geschnitten
nur 13,90

HERMANN TIETZ